

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Goldpfennig voraus
schicken. Unter Kreuzband für Deutsch-
land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet,
Ostpreußen, Litauen, Lauenburg
4,50 Goldmark, für das übrige Ausland
4,50 Goldmark pro Monat.

Der „Morgenblatt“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ mit „Städ-
lung und Kleingarten“, sowie der
Unterhaltungsbeilage „Himmelt“
und der Frauenbeilage „Frauenwelt“
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Goldmarkblatt Berlin“

Morgenblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 25. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW 68, Linden-
straße 3 abgeben werden. Öffnung
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis
Die einseitige Spalten-
breite 8,20 Goldmark. „Alte Anzeigen“
das selbige Wort 0,20 Gold-
mark (außer zwei vierstellige
Worte), jedes weitere Wort
0,10 Goldmark. Stellengruppe das
erste Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark.
Worte über 15 Buchstaben zahlen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Abonnenten 30% Goldmark.
Eine Goldmark = ein Dollar gestellt
durch 4,20

Anzeigen Nr. der 1. Seite Nummer
müssen bis 4 Uhr nachmittags im
Sonderdruck Berlin SW 68, Linden-
straße 3 abgeben werden. Öffnung
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Das Wahlprogramm Poincarés.

Paris, 24. April. (Eca.) Poincaré hielt heute abend im Hotel
Antonia auf dem Bankett der „Union republicaine“ eine große Rede,
in der er in der Hauptsache sein innerpolitisches Programm ent-
wickelte und nur kurz zum Schluß auf die auswärtige Politik zu-
sprechen kam. Poincaré sprach sich in der Hauptsache für die Bil-
dung einer klaren und gerechten Mehrheit in der Kammer aus und
äußerte sich in scharfen, wenn auch verschleierten Worten gegen
den Block der Linken. Er erklärte sich als einen Feind jener
heterogenen Bündnisse, bei denen sich zugunsten eines stützigen Re-
sultats die von einander abweichenden Ueberzeugungen für den
Augenblick näherten. Er wies in weiteren Ausführungen den So-
zialisten, insbesondere den Mehrheitssozialisten, vor, daß sie
allzu häufig mit den Kommunisten geliebäugelt hätten. Besonders
scharf ging er dann gegen die bürgerliche Linke vor. Alle diese er-
finderischen Kombinationen für die Wahlen hätten keine Zu-
kunft. Er vertraue darauf, daß in der nächsten Kammer die Re-
gierungsmehrheit dem Einfluß seiner Partei entgegenkomme, die
gegen die Konstitution oder die republikanische Verfassung, ob es
sich um die Rechte oder die Linke handelt. Republikanische Einig-
keit und nationale Eintracht seien sein Programm. Im übrigen be-
kämpfte er sich erneut zum republikanischen Gedanken. In
seiner Ausführungen über das innenpolitische Reformprogramm
kam Poincaré auf die Wiederherstellung der französischen Finanzen
zu sprechen. Die Wahlen, so sagte er, unsere nationale Währung
und schließlich gegen den derzeitigen Offensiven Schicksal, das wir erlebt
und überwunden haben. In großen Zügen entwickelte er seine Ge-
danken über

das Programm der neuen Kammer.

um sich alsdann der auswärtigen Politik zuzuwenden. Ich werde
nicht müde werden, erklärte er, immer wieder zu erklären, daß die
neue Kammer vor allen Dingen die Pflicht hat, die Dinge rechts der
Mitte zu beobachten, um die Rechte Frankreichs zu wahren und
den Weltfrieden zu sichern, unsere moralische Sorge im Orient wieder-
herzustellen, behutsame Rationalisierung des inneren Budgets
zu erreichen, die traditionellen Interessen in Kleinasien zu ver-
teidigen, die Handelsbeziehungen mit benachbarten Mächten zu ent-
wickeln, mit dem argentinisch-stabilen Abkommen beschließen, das neue
wird. Politische Projekte zu studieren, das der Berliner Ver-
trag geschaffen hat und das binnen kurzem aus

Verhandlungen mit Deutschland

hervorgehen muß, die Reparationen zu erreichen, Frankreichs Siche-
heit zu garantieren, ohne jemandem den Vorwand zu geben, an den
freiwilligen Abhängen Frankreichs zu zweifeln. Ferner
wünsche wir uns die Gegenwart nicht entgehen lassen, die durch den
Erfolg des Sachverständigenrats und die Entscheidung der
Reparationskommission gegeben ist, um zu versuchen, endlich zu einer
einigen Meinung Regierung zu gelangen, aber die tatsächlichen
Händler nicht gegen einfache deutsche Versprechungen hin-
zuweisen, sich nicht blindlings einem Schuldner anzuschließen, der bis-
her nichts getan hat und zu bezweifeln, ihn selber an seiner Be-
handlung interessieren durch die Hoffnung, die Zwangsmah-
nahmen schneller zu verändern, keine Illusionen für Sicherheit
nehmen, gleichzeitig aber

in dem Geist der Verschönllichkeit zu verharren, ohne dafür die Klugeit aufzugeben.

Das alles ist nicht nur die Aufgabe von morgen, sondern ein langes,
schwieriges und unabweisbares Werk, das mehrere Jahre der Wach-
samkeit erfordern wird. Das Band wird sich bald zur auswärtigen
Politik zu äußern haben, die wir in Uebereinstimmung mit dem
Senat und der großen Mehrheit der Kammer geführt haben, und
wird dabei zeigen, ob diese Politik bis zum Resultat durchgeführt
werden soll oder ob es vorzuziehen ist, bekannte Wege einzuschlagen,
an deren Ende voranschreitend nur Schluchten und Abgründe warten.
Ich glaube nicht an dem Urteil des Senats, niemand in ganz Frank-
reich zweifelt ernsthaft daran. Diejenigen, die im Auslande daran
zweifeln, werden enttäuscht sein.

Die Alliierten antworten.

Paris, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Die neue Antwort der
französischen Regierung an die Reparationskommission ist am
Donnerstag überreicht worden. Ueber ihren Inhalt ist bisher
keinerlei Mitteilung erfolgt. Die französische Regierung hatte
bereits Anfang der Woche in einem an den Vorsitzenden der Kom-
mission gerichteten Schreiben geantwortet, diese Note aber, die eine
scharfe Kritik an den Beschüssen der Kommission sowie ein
Verständnis der französischen Wünsche und Vorbehalte enthielt, auf den
Rat Barthous wieder zurückgezogen. Die Antwort der bel-
gischen Regierung befindet sich bereits in den Händen der bel-
gischen Delegierten, ist aber offiziell noch nicht übergeben worden.
Es akzeptiert die Vorläufe der Sachverständigen an bloc
und ohne Vorbehalt. Die Antwort der englischen Regierung,
die gleichfalls eine rückhaltlose Zustimmung zu dem Experten-
programm darstellte, wird für Freitag oder Sonnabend
erwartet.

Die belgische Vermittlung.

Paris, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische
Ministerpräsident Theunis und der belgische Außenminister
Hymans werden am Montag zu einer persönlichen Aussprache
mit Poincaré nach Paris kommen. Sie werden, wie die offizielle
Belgische Telegrammagentur anführt, sich Ende der nächsten
Woche auch nach London begeben, um sich dort mit Komplen
Nachbarn zu unterhalten. Die aus Brüssel hier vorliegenden Nach-
richten lassen keinen Zweifel, daß die belgische Regierung diesmal

entschlossen ist, sich nicht wieder von der französischen Politik ins
Schlepptau nehmen zu lassen und daß sie gleich der englischen Re-
gierung der von Paris verübten Obstruktion des Experten-
programms energischen Widerstand entgegenzusetzen gesehnen ist.
Man will in Brüssel die endlich gesunde Möglichkeit einer für alle
Beteiligten befriedigenden Lösung der Reparationsfrage nicht
auf neue durch politische Manöver gefährden lassen. Theunis und
Hymans scheinen zu hoffen, Poincaré in persönlicher Aussprache zu
einer Modifikation seiner Haltung bestimmen zu können. Die Pariser
offizielle Presse verleiht die Bedeutung der französisch-belgischen
Divergenzen abzuschwächen mit der Erklärung, daß es sich nicht
so sehr um sachliche als um formale Meinungsverschiedenheiten
handelt. Daß dem jedoch keineswegs so ist, geht schon daraus her-
vor, daß die belgische Regierung sich in ihrer Antwort an die Re-
parationskommission bereit erklärt, die Vorschläge der Experten vor-
behaltlos und im Ganzen anzunehmen, während Frankreich seine
Zustimmung von hundert Bedingungen und Schikanen abhängig
macht, die letzten Endes darauf hinauslaufen, sich um die verlangte
völlige Freigabe der Ruhrwirtschaft herumzu-
brühen. Für die schwerwiegenden Entscheidungen, die die nächsten
Wochen bringen müssen, hat die Haltung der belgischen Regierung
aber um so ausschlaggebendere Bedeutung, als Belgien in der Re-
parationskommission das Zünglein an der Waage bildet, da
die Kommission nur aus vier stimmberechtigten Mitgliedern besteht;
bei Stimmengleichheit gibt die französische Prädisialstimme den
Ausschlag.

Die Mitteilung der Reparationskommission.

Paris, 24. April. (Havas.) Die Reparationskommission, die
am 19. April den alliierten Regierungen ihre Entscheidung mit dem
Bericht übermittelt hat, erwartet für morgen normmäßig die Antwort
des englischen, des belgischen und des französischen Kabinetts. Be-
kanntlich hat Poincaré schon an Barthou einen Brief gerichtet,
der die Antwort der französischen Regierung enthält. Die
Reparationskommission wird morgen vormittag eine offizielle Sitzung
abhalten, in deren Verlauf sie von den verschiedenen Antworten
Kenntnis nehmen wird. Es wird zur Prüfung dieser Antworten
keine offizielle Sitzung abgehalten, bevor die Antwort der italieni-
schen Regierung gleichfalls eingetroffen ist. Die Reparationskom-
mission wird dann zu entscheiden haben, ob diese Dokumente ver-
öffentlicht werden sollen.

Die russisch-englischen Verhandlungen.

Angebot der Gewerkschaften.

Moskau, 24. April. (Eigener Bericht.) Der Zentralrat der Ge-
werkschaften hat der Zentralregierung der Sowjets eine Denkschrift
über die Forderungen der englischen Bankiers übermittelt. Diese
Denkschrift entspricht einer Anregung der Sowjetregierung und der
Inhalt wurde unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes fertig-
gestellt. Die Anerkennung der Schulden wird in der Denkschrift
abgelehnt, da sie eine unerträgliche Last für die mer-
kantilste Bevölkerung bedeuten würde. Dagegen soll eine Zinsen-
zahlung in Falle einer Kreditgewährung, bei Verminderung der
Schuldsumme, entsprechend der Wirtschaftslage der Sowjetrepubliken,
erfolgen. Die restliche Wiedervergeltung der ehemaligen englischen
Besitzer, wie sie die Banken fordern, wird jedoch als eine un-
erhörte Herausforderung bezeichnet und abgelehnt. Der
Besatz unerschöpflichen, den diese ehemaligen Besitzer erlitten haben,
soll vielmehr auf dem Wege der Konzessionen und auf Grund-
lage der besonderen Befriedigung gütgemacht werden, wobei die
Angehörigen derselben eine Versorgung genießen könnten. Die
Forderung eines freien Handelsverkehrs durch die Privatfirmen
wird ebenfalls verworfen, weil sie die Abschaffung des russischen
Außenhandelsmonopols bedeute.

Die Verhandlungen in London.

London, 24. Apr. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag
vormittag wurden im Außenamt die Verhandlungen der englisch-
russischen Konferenz nach den Osterferien wieder aufgenommen. Die
Konferenz beschäftigte sich mit dem Arbeitsplan, den russischen die
gemischte Kommission ausgearbeitet hat. Nach einem ausführlichen Kom-
munique hat die Konferenz diesen Arbeitsplan einstimmig ange-
nommen. Die Konferenz wird sich jetzt in vier Unterkommissionen
teilen, von denen jede für sich über eine besondere Frage verhandelt;
um ihre Beschlüsse dann der Vollkonferenz unterbreitet. Wie aus
unternichteter Quelle verlautet, haben die Russen inzwischen ihre bei
der Eröffnung der Konferenz abgegebene Forderung auf Revi-
sion des Versailler Friedens und Neuorganisation der
bedenklichen Frage fallen gelassen. Im übrigen spricht man
von einer Spaltung innerhalb der russischen Delegation.

Die französische Besatzungsbehörde in Düsseldorf verlangt den
sofortigen Bau einer großen Kaserne für 10 Batterien
Artillerie, wofür die Grundstücke bereits beschlagnahmt wor-
den. Das Bauverbot wird schrittweise einen Kostenaufwand
von mindestens 7 1/2 Millionen Goldmark erfordern. Der Stadt
Düsseldorf ist für den Fall der Weigerung die schwersten Sanktionen
angedroht worden.

Keine Ministerwahlen mehr — in Frankreich. Die französische
Regierung hat bestimmt, daß die Minister, die sich um einen
Kammerkurs bewerben, nicht mehr in öffentlichen Versammlungen
das Wort ergreifen sollen.

Helfferrich.

Ein Verderber Deutschlands.

„Drei Verderber Deutschlands“ heißt ein Buch, von Curt
Geyer verfaßt, das dieser Tage in unserem Parteiverlag
erschienen ist. Die drei Verderber, die damit gemeint waren,
heißen Hanenstein, Stinnes, Helfferrich. Als das
Buch begonnen wurde, waren noch alle drei am Leben. In
kurzer Reihenfolge hat sie alle der Tod ereilt, der menschlich
tragisch wirkt, aber an dem politischen Urteil nichts ändern
kann.

Helfferrich war der gehässigste Gegner der Deutschen Re-
publik und der deutschen Demokratie. In der Sozialdemo-
kratie sah er seine Todfeindin. Er stand ihr gegenüber mit
größerem Haß und größerer Feindschaft als irgendein Staats-
mann des alten Regimes in den Zeiten des Kaiserreiches.
(Als kaiserlicher Minister konnte auch er sich bederrchen.)
Der Kampf gegen uns, gegen die demokratische Republik und
ihre Staatsmänner war ihm die Fortsetzung des Krieges.
Sein Kampf und seine Wirksamkeit war das häufigste
Symptom für die Verwirrung und die geistige Erkrankung,
in die brutaler und übermächtiger Druck von außen das
deutsche Volk gestürzt hat. Seine nationale Leidenschaft
wurde getrübt durch seine Traditionen der Vorkriegszeit, durch
die inneren Mängel seines Charakters. Sein Wirken förderte
nicht das Wohl der Nation. Neben seiner nationalen Leiden-
schaft steht die ungeheure nationale Schuld, die er und seine
Partei in den vergangenen vier Jahren auf sich genommen
haben.

In der Vorkriegszeit hat Helfferrich seine Karriere
rasch hochgeführt. Nach Studium und Auslandsreisen Pro-
fessor der Staatswissenschaften in Berlin, vortragender Rat in
der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, 1906 Eintritt
in die Leitung der Bagdadbahn in Konstantinopel, 1908 Di-
rektor der Deutschen Bank in Berlin, Ende 1913, 43jährig,
Staatssekretär der Finanzen. Man sagte nicht mit Unrecht
von ihm, er sei geschmeidig, gewichtig, wissenschaftlich geschult
und praktisch veranlagt, mit dem Willen, sich unter allen Um-
ständen durchzusetzen. Brennender Ehrgeiz trieb ihn. Das
wurde bestimmend für ihn. In einem freieren politischen
System hätte er vielleicht eine andere Entwicklung genommen.
Dah er im kaiserlichen Deutschland die Höhe er-
reichte, legte seine politische Tendenz fest.

Unter dem Regime Helfferrichs begann im Kriege jene
verhängnisvolle Anheimlichkeit, die mit Notwendigkeit zum
finanziellen Ruin führen mußte. Das System bestand darin,
daß das Reich, das während des Krieges der große und fast
einzige Akteur der Schwerindustrie war, die Bestimmung
des Preisniveaus der Schwerindustrie fast durchweg über-
ließ. Das Preismonopol der Schwerindustrie war der erste
Anstoß zur Marktentwertung. 1916 brachte Helfferrich das
Hilfsdienstgesetz im Reichstag durch, das zur Durchführung
des Hindenburg-Programms von der Heeresleitung verlangt
worden war. Die deutschen Schwerindustriellen jedoch waren
so patriotisch, daß sie für dies Rüstungsprogramm, das ihnen
gewaltige Kriegsgewinne brachte, keine Kredite gewähren
wollten. Um sie zu bezahlen, wurde die schwebende Schuld
angespannt, in einem Maße, das zum sicheren Zusammen-
bruch der Währung führen mußte. Die Folgen zeigten sich
schon Ende 1916. Damals begann die Preissteigerung ein
erschreckendes Tempo anzunehmen — das deutsche Anleihen
des beginnenden Währungsverfalls. Unter diesem Verfall
der deutschen Währung, der so seinen entscheidenden
ersten Anstoß während des Krieges erhalten hat, haben
in der Folge die Kleinrentner und der Mittelstand, die Ar-
beiter und die Masse der Papieregläubiger fürchterlich genug
gelitten. So begann während des Krieges Helfferrich seine
praktische politische Tätigkeit zum Unheil des deutschen Volkes.

Er hielt sich jedoch für den geborenen Führer des deut-
schen Volkes. Sein Ehrgeiz war es, in der Regierung zu
sitzigen und in der Regierung zu führen. Der Ausgang des
Krieges und die Revolution bedeuteten für ihn den Zu-
sammenbruch seiner Karriere. Als die Parlamentarisierung
in Deutschland nach während des Krieges begann, wurde er
beiseite gedrängt. Er war zu jung und vor allem zu ehr-
geizig, um nach der Revolution resignierend beiseite zu treten
oder sich selbstlos in den Dienst der Republik zu stellen. Er
trat der deutschnationalen Partei bei, obwohl seine Tra-
dition, seine bisherige politische Vergangenheit ihn eher in
eine der Mittelparteien oder in die Deutsche Volkspartei hätte
führen können. Erschienen doch seine Remouren noch 1920
bei Ulstein! Seine Spezialkenntnisse, seine Arbeitsfähigkeit,
seine Gewandtheit in allen Sätzen, vor allem aber seine
Redegewandtheit machten ihn bald zum deutschnationalen
Vorkämpfer. Er war ihr Propagandist und ihr Trommler. Er
ging voran im Kampfe gegen die Republik. Er hat niemals
vergessen, daß die Republik ihm seine so schön begonnene
Karriere im Kaiserreich abgeschnitten hatte. Die reaktionäre
Erfahrung und der Haß gegen die Republik und ihre Träger,
den er zur Schau trug, waren im Grunde genommen nur
verblühter Ehrgeiz. Um eine führende Rolle spielen zu
können, wählte er die des Preisfachsers der Gegenrevolution.
Da seine Bestimmung gegen die Republik solchen persönlichen

Gründen entsprang, ist sie bei ihm zum Fanatismus geworden. Er kämpfte mit der Hysterie des Fanatiklers, mit der Rücksichtslosigkeit und der grenzenlosen Gewissenlosigkeit des Fanatiklers. So wurde sein Kampf zu einem hasserfüllten Kampf gegen die Personen, die die Republik behaupten und auf eine gesunde Grundlage stellen wollten. Gegen diese Männer, gegen die Erzberger, Scheidemann, Wirth, Rathenau, entsetzte er eine wilde persönliche Hege. Diese Hege, das Aufspeischen der Leidenschaften und der Rache- und Mordinstinkte, bei denen, die solcher Hege eine gewisse seelische Disposition entgegenbrachten — Schüler, junge Offiziere, Angehörige des Mittelstandes, die die Selbstwertung zur Verzweiflung trieb — das war die eigentliche politische Kampfform Hefferrichs. Sie kam in allen seinen öffentlichen Reden, in allen polemischen Artikeln, die er schrieb, zum Durchbruch. Sie hat jene Stimmung in Deutschland erzeugt, die zur Ermordung Erzbergers und zur Ermordung Rathenaus, zum Emporwachen des Antisemitismus und der völkischen Bewegung geführt hat und damit zu einer Bedrohung der Republik und der Demokratie, gerade in einer Zeit, in der die Festigkeit der Republik und der Demokratie die erste und unumgängliche Voraussetzung für eine Erleichterung in der Reparationsfrage, für die Befreiung der besetzten Gebiete war.

Mit einer erstaunlichen Unbefangtheit ging Hefferrich in politischen Kämpfen vor. Seine Materialauswahl war selbst da, wo es sich um nachprüfbar statistische Zahlen handelte, mit einer ans Gewissenlose grenzenden Leichtfertigkeit betrieben. Mit solchen Methoden konnte er nur starke politische Eindrücke hervorrufen in einem Volke, das unter dem Druck einer brutalen außenpolitischen Lage sich der Verzweiflung und der aus Verzweiflung geborenen illusionären Leichtgläubigkeit hingeeben hat. Für diese Massen, die nicht mehr auf politische Argumente hörten, und nicht mehr den Geboten politischer Klugheit folgten, sondern der wilden demagogischen Agitation sich preisgaben, war Hefferrich der Führer. Zum wirklichen Führer Deutschlands in der schweren Situation der Nachkriegszeit fehlte ihm alles. Es fehlte ihm die Befähigung der politischen Auffassung und des politischen Kurses, jene Beständigkeit, die es allein ermöglicht, die großen Linien der politischen Zukunft zu sehen und zu verfolgen. Hefferrich kam es in seiner Politik weniger auf große geschichtliche Resultate an als auf die Schaffung von Situationen, in denen seine Persönlichkeit hervortreten sollte. Die Größe im Unglück, die Beharrlichkeit im Ringen um den Wiederaufstieg Deutschlands selbst mit der Aussicht, den Erfolg des Ringens nicht mehr zu erleben, gingen ihm ab. Vor allem aber fehlte ihm die Würde, die der deutsche Staatsmann der Nachkriegszeit dem Ausland gegenüber zeigen muß. Als er am lautesten davon sprach, bewies seine Reichstagsrede ein Mindestmaß wahrer nationaler Würde. Jene Rede, die er am Vorabend der Ermordung Rathenaus hielt, zeigte ihm im vollen Gegensatz zu einem von wahrer Würde und wahrer nationaler Ergriffenheit getragenen Staatsmann. Es war die innere Ergriffenheit die Hefferrich fehlte, das tiefe menschliche Fühlen mit der Masse des wahrhaft leidenden Volkes, das Mitleid und die wahre Liebe zum Volk.

Dieser Mangel bestimmte seine Stellung der Arbeiterschaft gegenüber. Kühl und fremd und verständnislos verhielt er sich zu ihren Problemen. Er sah die deutsche Arbeiterschaft und ihre Entwicklung unter dem Gesichtswinkel der Traditionen des kaiserlichen Regimes. Er hat nie verstanden, daß innere Freiheit und soziale Gerechtigkeit im Innern Voraussetzungen sind für die Befreiung Deutschlands. Er hatte kein Gefühl dafür, wie sehr der brutale Geist der sozialen Bedrückung der Arbeiterschaft und der sozialen Ungerechtigkeit das Wachen wahrer Staatsgesinnung und wahren Staatsgefühl bei der deutschen Arbeiterschaft hemmen mußte.

Seine Politik war darum leer, ideenlos und schematisch — mochte auch die äußere Form und das Tempo seiner Rede darüber hinwegtäuschen. Seine außenpolitische Richtlinie war der einzige theoretische Protest gegen den Vertrag von

Verailles, den er immer wiederholte, ohne praktische Wege für die Befreiung Deutschlands zu zeigen. Diesen Protest gegen den Vertrag von Versailles verband er mit einer Leugnung der deutschen Leistungsfähigkeit für Reparationsleistungen, deren Begründung jeder Sachverständige des Auslandes ihm als unrichtig in jedem Zeitpunkte nachweisen konnte. Diese Leugnung der deutschen Leistungsfähigkeit verknüpfte er mit der Behauptung, daß das deutsche Steuersystem dem deutschen Volk unerträgliche Lasten auferlege. Er wurde zum Vorkämpfer aller Steuerunwilligen und aller Steuerabotzler. Er lieferte den Kreisen, die bemüht auf den Verfall der deutschen Währung spekulierten, um sich ihren Steuerverpflichtungen zu entziehen, willkommenen nationalstaatliche Vorwände für ihr Treiben, das die Grundlagen der staatlichen Existenz Deutschlands unterwühlte. In seiner Rede fanden die äußeren Gegner Deutschlands willkommenen Vorwände für die Fortsetzung ihrer Unterdrückungspolitik.

Innenpolitisch war der Blick Hefferrichs rückwärts gewandt, niemals vorwärts. Er wollte die Befreiung der kapitalistischen Wirtschaft von den Fesseln der Staatswirtschaft, die ihr der Krieg und die Nachkriegszeit auferlegt hatte. Er wollte juridisch zum deutschen Kaiserreich; den Weg dazu sollte ihm der Rechtsblock unter seiner Führung bahnen. Sein politischer Kampf war Kampf um die persönliche Macht. Er begann mit dem Feldzug gegen Erzberger, der mit der Ermordung Erzbergers endete. Er schritt vorwärts mit seinem Feldzug gegen das deutsche Steuersystem, indem er die Bundesgenossenschaft aller Steuerunwilligen auch aus den bürgerlichen Mittelparteien gewann. Gestützt auf diese Gefolgschaft glaubte er sich nach der Konferenz von Genua am Vorabend seines politischen Niefes. Seine Illusion brach zusammen, als der feige Mord an Rathenau die bedrohte Republik noch einmal emporriß. Aber die von ihm geführten Kräfte waren doch stark genug, um eine deutsche Außenpolitik zu verhindern, die um die Klippe der Befreiung des Ruhrgebietes herumgesteuert wäre. Während der Ruhrbesetzung hatte er starken politischen Einfluß auf die bürgerliche Regierung Cuno. Die Folge dieses Einflusses war das Verlangen der Finanzpolitik, das Verlangen der Kreditpolitik der Reichsbank, der ungeheure Sturz der deutschen Währung.

Es ist ein trauriger Weg, den Hefferrich zurückgelegt hat. Ein anderer hätte ihn unter dem Druck der ungeheuren Erschütterung, die die Morde an Erzberger und Rathenau hervorriefen, aufgegeben. Aber der politische Ehrgeiz in Hefferrich war stärker als jede andere Empfindung, stärker selbst als die Stimme des Gewissens. Dieser traurige Weg der Hefferrichschen Politik war ein Leidensweg des deutschen Volkes, ein Leidensweg, der ohne jeden Ausblick auf endliche Erlösung hätte bleiben müssen, wenn die künftige Politik in Deutschland von Hefferrichschem Geiste geführt worden wäre.

Die innenpolitische Lage Deutschlands mag Hefferrich mit der Hoffnung erfüllt haben, daß sein Ziel, der große Rechtsblock unter seiner Führung nahe sei. Niemand vermag heute zu sagen, welche Rolle in einer solchen Konstellation Hefferrich gespielt haben würde. Leicht möglich, daß er dann dieselbe Politik geführt haben würde, die er bei den Mittelparteien als nationalen Verrät beschimpft hat. Leicht möglich, daß ihn beleidigter Ehrgeiz und Eitelkeit auf Leute wie Westarp in solcher Konstellation von der Seite der Deutschnationalen weggetrieben haben würde. Das Geschehene hat ihn hinweggerafft in einem Augenblick, an dem das deutsche Volk vor einer schweren und ersten Entscheidung steht, vor einer Entscheidung, die ihm ohne das Wirken Hefferrichs in dieser Schwere erspart geblieben wäre.

Reichspräsident, Reichsregierung und preussische Regierung haben der Witwe Hefferrichs Beileidtelegramme geschickt.

Im letzten Stütz des Lebenslaufes von Hefferrich im Abendblatt sind durch Druckfehler einige Zeilen ungenau. Wir wiederholen deshalb: Hefferrich wurde mit 27 Jahren Dozent an der Berliner Universität, er trat 1905 in die Leitung der Vogelsbahn ein.

Hefferrich als Politiker.

Während des Krieges war Hefferrich Gegner des uneingeschränkten Unterseebootkrieges. Er war sich klar darüber, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg die unabweisbare Folge des uneingeschränkten Unterseebootkrieges sein würde. Er sah für diesen Fall nicht nur den Verlust des Krieges, sondern auch furchtbare Folgen für die fernere Entwicklung Deutschlands voraus. Er strebte seine Überzeugung in die Worte:

„Wenn die Karte des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht nicht, und sie wieder nicht stehen, so sind wir verloren, sind wir auf Jahrhunderte verloren.“

So Hefferrich während des Krieges. Und nach dem Krieg hat er sich bemüht, die furchtbaren Folgen des Kriegesverlustes auf die Schultern der Sozialdemokratie zu wälzen. Trotz seiner klaren Einsicht, daß Deutschland nach dem Kriegesverlust lange und schwer, ja jahrhundertlang zu leiden haben werde, hat er die Männer und Parteien beschimpft, die die deutsche Politik entschlossen auf diese Lage einstellten.

Wahre er selbst einen rasch zum Ziele der Befreiung führenden politischen Ausweg zu zeigen, war er sich klar über die Folgen der von ihm geforderten Katastrophenpolitik?

Darüber unterrichtet eine Episode aus dem Auswärtigen Ausschuss, die der Genosse Stampfer am 22. Juni im Reichstagsklub schilderte:

„Ich will also auf gewisse Vorgänge in der vereinigten Sitzung des 7. Ausschusses und des 9. Ausschusses zu sprechen kommen. Wir sprachen in dieser Sitzung, wie gesagt, über die uns auch jetzt beschuldigten Verträge und Herr Reichsminister Dr. Rathenau erlaubte sich, Herrn Hefferrich darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen die von ihm gewünschte Ablehnung der Verträge haben würde. Herr Dr. Rathenau wies vollkommen zutreffend darauf hin, daß das Fehlen dieser Verträge gar nichts anderes bedeute, als das Inkrafttreten des nackten Londoner Finanzdikrats, und Herr Hefferrich wurde gebeten, sich darüber zu äußern, wie er sich zu diesem Zustand stelle. Herr Hefferrich ergriß das Wort und sprach, wie Sie sich denken können, sehr zungengelockt, wie wir es ja stets an ihm gewöhnt sind. Als er durch Zurufe immer wieder genötigt wurde, auf die Frage des Ministers Dr. Rathenau, wie es denn mit dem Londoner Finanzdiktrat stünde, einzugehen, da sagt er: „Ja, meine Herren, dabei würden wir auch nicht stehen bleiben.“ Als ich ihm dann zurief: „Und dann?“, da drehte sich Herr Hefferrich mir zu und sagte nichts weiter als die historischen Worte, die ich im stenographischen Protokoll des Reichstages für ewige Zeit festhalten und darum wörtlich wiederholen will: „Ja, das andere wird sich dann eben entwickeln.“ (Beifallsrufe: Hör! Hör! und Lachen links. — Gegenrufe von den Deutschnationalen. — Abg. Dr. Reichert: Nichts unterschlagen!) Herr Hefferrich wird ja Gelegenheit haben, zu ergänzen. — Herr Hefferrich sagte: „Das andere wird sich eben entwickeln.“ weiter nichts, und dann setzte er sich.“

Damit hatte Hefferrich sich als Politiker selbst gekennzeichnet. Ohne Verantwortungsgefühl, ohne Rücksicht auf die Folgen steuerte seine Politik in die Katastrophe. Nicht nationale Befreiung, neues nationales Unglück mußte ihr Ergebnis sein.

Hefferrich und Erzberger.

Nach der Ermordung Erzbergers wies die Deutschnationale Presse die moralische Schuld Hefferrichs an dem Mordtat zurück. Dasselbe Mandat wiederholte sich nach dem tragischen Tode Rathenaus. Es verdient festgehalten zu werden, daß dieselbe Presse heute in den Retroklen die unheilvolle und skrupellose persönliche Hege Hefferrichs lobend hervorhebt. So heißt es in der „Kreuzzeitung“:

„Noch in aller Gedächtnis ist kein erbitterter Kampf gegen einen der größten Schölllinge der Revolutionszeit: Matthias Erzberger. Hier zeigte sich Hefferrich in seiner ganzen Größe. Er stellte seine Person in den Kampf der Reinigung unseres stark angegriffenen öffentlichen Lebens. Seine unerwiderte Tapferkeit und das stark belastende Material trieben den sonst so geschickten Erzberger in die Enge, so daß er als Geschlagener die Wahlstatt verlassen mußte. Von da ab war Hefferrich ein populärer Mann.“

Das neue Schlagwort.

Von Otto Potzgiecher.

Im der Untergrundbahn ist es erschreckend voll. Ein Herr mit außergewöhnlichem Umfang hat besonders unter unbehaglicher Bedrängnis zu leiden. Er gehört zu den seltenen Fahrgästen, die den Bogen noch nicht weg haben und die günstigeren Plätze noch nicht kennen, auf denen man zwar auch bequem sitzt wird, aber doch wenigstens seine Ärmel an Hofe und Mantel behält. Dieser Herr mit der roten Weinnahe und der geringen Erfahrung im Untergrundbahnfahren schimpfte: — — — Schlimmer wie'n Biehtransport — — — das ist nun die neue Organisation — — — überhaupt: Organisation — — — so'n Quatsch — — — kein Wunder — — — Na, der neue Reichstag . . . !“

Menschenauslauf! Hundefänger haben ein Schoßhündchen ohne Hundstorb gesehen und gefangen. Unter den Angekommenen sind auch einige besonders starke Hundeanhänger, die die günstige Gelegenheit benutzen, um über die bißstünliche Hundesperre zu wettern. Zum Schluß kommt dann: „Na — — — wartet man! Der neue Reichstag!“

Empfangsraum einer Redaktion. Der Sekretär ist bemüht, den Besucher von der Unmöglichkeit seiner Zumutungen, seine „Revuelle“ zu veröffentlichen, zu überzeugen. Der Besucher und gleichzeitige Vorkämpfer ist entrückt ob solcher maßlosen Behandlung durch so'n gewöhnlichen Sekretär — — — ! . . . Frechheit — — — so schüßt Ihr geliebte Kopiarbeiter — — — die Bude muß Euch verriegelt werden — — — na, wartet man — — — der neue Reichstag!“

An einem Fernbahnhof. Sonnabendnachmittag. Vor dem Haupteingang stehen einige Trupps Jugendliche in Wanderluft. Jungens und Mädels. Links von mir krümmen noch Hand in Hand ein Junge und ein Mädchen angehängelt. Einfach. Sauber. Einer der Trupps winkt ihnen schon freudig zu. Scherzworte von wegen nicht ausgeschlafen und dem Kamm nicht gefunden schäßen entgegen. Rechts von mir zwei Damen erhebtlich älteren Jahrganges, die sicher nicht nur von der Substanz leben. Die limitierten Blumenbeete auf ihren Köpfen lassen erkennen, daß es bald Frühling werden soll. Und trotzdem — — — nun sehen Sie nur, Gnädigste, diese Jugend — — — ist so was früher denkbar gewesen? — — — Jungens und Mädels und kein einziger Erwachsener? — — — Die fahren nun heut schon los — — — was machen die nur draußen, wenn sie so ganz ohne Aufsicht sind? — — — Aber es ist ja kein Wunder — — — die neue, verwahrloste, respektlose Erziehung — — — die sogenannte Freiheit, hinter der sich nur Unmoral und Unflirt versteckt — — — keine Religion — — — oach, wo werden wir nur noch hinkommen?“

Während sie dann ein Auto bestiegen, sagte die Begleiterin: „Waffen Sie nur, liebste Frau D. — — — der neue Reichstag!“

Ich sitze in meinem bequemen Federkubfessel vor meinem großen Diplomatien mit allen Pizzen und rauche eine große, dicke Zigarre. Durch das offene Fenster meines im ersten Stock gelegenen Arbeitszimmers meiner Dreizehnmeterzelle mit Radioeinrichtung in Amtata scheint die Sonne. Ich bin gerade dabei, an Stelle der alten nicht mehr zugkräftigen Dolchschleife eine neue zu erfinden und habe meine blaue Brille in die Höhe gerückt. Da steigt plötzlich zu meinem Schrecken ein Kerl durchs Fenster. Schiebermütze, schwarzer Kragen, zerlumpte Kleidung. Ein Bekannter aus früheren Tagen. Dieser Eindringling kriegt mich kurzhand bei der Gurgel und schreit: „Ja wer Dir lernen, die Zigarren zu rochen! Die Sachen ha'm uffiebert!“ Kam das Linsenfaß, geh mir den Inhalt übers Gesicht, bedickere mein schönes, neues, seidenes Oberhemd und rief: „Warte man, Ergölle, der neue Reichstag!“

Meine gute Frau fuhr mir mit einem nassen Lappen übers Gesicht und sagte: „Aufstehen — — — stempeln gehn!“ Empört über diese jämlich sowohl wie persönlich außergewöhnliche Beförderung zum Wachzustand rief ich, selbstverständlich nur im Halb-Ischlof: „Warte man, der neue — — —“

Am Stammtisch des Restaurants „Zur deutschen Schanze“. Um den Tisch zerhackte Geschier. Wichtig-nährte und auch abgelebte Herren. „Reich — — — Schweinerepublik — — — bißstüniger Achtstundentag — — — pflaumenweh gehandhabter Beamtenabbau — — — die roten Hunde sitzen alle noch an der Krippe — — — dieses Pöbel — — — Aber, meine Herren, warten Sie nur, der neue Reichstag!“ Proßt! Proßt! Proßt!

Am Brandenburger Tor spazieren zwei Obdachlose. Aber nicht aus der Frühststraße. Sie haben Ja-Kellereffer. Die Unterhaltung geht um die Schlussfolgerungen eines bekannten Münchener Professors und darüber, ob es sich lohne, bis zum Zusammenbruch des neuen Reichstages noch nach Hause zu fahren. Man kann doch nicht wissen, ob nicht inzwischen noch moralisch marschiert und dann vorneweg ein Schild getragen wird: „Hier kommt der neue Reichstag!“

Denk! Denke! Denke! Mal! Sorgt dafür, daß aus dem Schlagwort der Kompost wird: „Der neue Reichstag — unser Reichstag!“

Berliner Naturshut.

Die schöne Jahreszeit, die sich nur widerstrebend einstellt, soll doch unwillkürlich ins Fieber, und besonders der in der Steinwälle eingekerkerte Großstädter sucht nach Erholung in der freien Natur. Freilich ist es nur spärliches Grün, das sich ihm in der nächsten

Umgebung darbietet, und der Unverstand der vielen Ausflügler trägt nicht selten dazu bei, die sorge Natur im Umkreis der Großstädte noch zu verunsichern. Die vielen Frühstüdpapiere, die nach einem Sonntag den Grunewald bedecken, sind dafür ein kleines Zeichen. Für Berlin hat der „Zweckverband Groß-Berlin“ vom Staat für 10 Millionen Mark 10.000 Morgen Wald erworben, um sie zu erhalten, und durch die Gemeindevorstellungen ist der städtische Waldbesitz jetzt doppelt so groß. Durch das Gesetz von 1922, das im preussischen Wohlfahrtsministerium ausgearbeitet wurde, ist dem Magistrat Berlins die Handhabe gegeben, die schützende Hand auf sämtliche Waldungen innerhalb der Grenzen der gesamten Stadt zu legen. Aber trotzdem bleibt dem Berliner Naturshut noch viel zu tun, wie F. Klose in der Zeitschrift „Naturshut“ ausführt.

Der größte Feind der Grünflächen ist die Siedlung, und so notwendig diese ist, so sollte sie uns doch den Bestand der lebenswichtigen Grünflächen unangetastet lassen. Es soll nun demnächst ein amtliches „Grünflächen-Verzeichnis“ für den 8-Kilometer-Gürtel um Groß-Berlin veröffentlicht werden, mit dessen Hilfe es leichter möglich sein wird, das Grün zu schützen. Aber nicht nur die Siedlungen, sondern auch die Bevölkerung selbst schädigt die Natur. Auch wenn man davon absieht, daß weit über 1000 Morgen Dauerland infolge schätzbarer Brandstörungen in den letzten Jahren neu aufbereitet werden mußten und der Waldbestand durch das Wildern außerordentlich gelitten hat, so spielen doch die Spaziergänger und Ausflügler den Grünflächen über viel.

Im schönen Sommeren zählt der Grunewald weit über 120.000 Besucher, sagt der Verfasser. „Wenn ich bei der Menge, vorzugsweise Frauen und Kinder, sind von größter Verständnislosigkeit in Bezug auf das Bienenwesen.“ Was bei ein G. in heruntergerissen wird, wie unabweislich verarmt die Bodenflora jener „Wälder“ ist, davon ist es schwer, eine anschauliche Schilderung zu entwerfen. Unbeschädigte Weiden sind auf Weiden nicht mehr zu finden, es sei denn, daß ihre Zweige weit vom Erdboden entfernt sind. Auch die Tierwelt wird durch solchen Massenbesuch selbstständig beeinträchtigt, zudem sorgt eine besondere Sorte von Naturfreunden dafür, alle seltenen Formen von Käfern und Schmetterlingen auszureiben, die etwa noch vorhanden sind. Saubere Arbeit leisten auch die Jäger, die idyllischen Forstschädlinge.“

Die Holzsucher und die „Baumschinder“, die die Rinde abhaben, machen aus den Wäldern um Berlin eine Karikatur des Waldes. Das Berliner Polizeipräsidium hat aus diesem Grunde vor kurzem eine Roturschuttsverordnung erlassen, die fast alle Tiere und Pflanzen unter Schutz stellt und alle Handlungen verbietet, die den Wald in seiner Eigenschaft als Erholungsstätte beeinträchtigen.

Unter neuer Roman. Der Roman „Die Fischklinge“, dessen Widruß heute beginnt, ist ein Werk des russischen Dichters Johannes Binnantsook. Er ist uns in die Heimat des Verfassers, und zwar in bäuerliche Kreise. Aus der eigenartigen Mentalität dieser Kreise, aus dem Egoismus und dem Aberglauben, erwachsen die kennzeichnenden Züge der Charaktere. Auf den Charakteren und dem Willen baut sich mit zwinzender Bonit eine reich bemerzte und lohnende äußere Handlung auf. Derrn tragische Wuch in ihrer vollen Auswirkung schließend geführt wird durch ein katastrophales Eiderobben ins Schicksal, das ebenfalls für die Bauernseele in hohem Maße charakteristisch ist.

Weshalb die „Deutsche Zeitung“ des Herrn Claß, die im übrigen zugibt, daß Hefferrich durch seine falsche Finanzpolitik während des Krieges der Vater der Inflation war. Der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Maurerbrecher, sagt in seinem Nachruf:

„Nach der Revolution schloß er sich nach kurzer Besinnung der Deutschnationalen Volkspartei an, obgleich er von Herkunft wohl mehr unter die Demokraten gepaßt hätte. Innerhalb der Partei war er zunächst noch der Führer des Verständigungsflügels, der die Notwendigkeit einer rechtslosen nationalen Opposition, namentlich aber die ungeheure Lebendigkeit des völkischen Gedankens, nicht erkannte. Trotzdem gewann er sich im Sturm die Herzen des ganzen nationalen Deutschland, als er den monatelang vorbereiteten Vernichtungskampf gegen Erzberger begann und in einem glänzenden geführten Prozeß selbst diesen überflauen Reinecke Fuchs zur Strecke brachte.“

Damit attestiert die deutschnationalen Presse Hefferrich in vollem Maße die geistige Urheberschaft an der Ermordung Erzbergers, und indem sie dies Troben als eine nationale Tat verherrlicht, bestärkt sie von neuem, daß die Deutschnationalen Partei Pogrom- und Nordhege billigt, wenn es ihren Zwecken dienlich erscheint. Um so erbärmlicher wirken nachträglich die feigen Ablehnungsversuche nach der Ermordung Erzbergers und Rathenau. Über die Deutschnationalen Partei hat ja schon einmal gezeitigt, was deutschnationaler Mannesmut in der Stunde der Gefahr bedeutet, als mit dem königlichen Herrn der Kopf „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ aus dem Titelblatt der „Kreuzzeitung“ verschwand.

Selberich am Tage des Rathenau-Mordes.

Am 23. Juni 1922 hielt Hefferrich die maßloseste seiner Reden gegen die Erfüllungspolitik und die Regierung Birck. Mit unerhörter Schärfe griff er den Reichsaussenminister Dr. Rathenau an. Am anderen Morgen, am 24. Juni 1922, tagte die Steuerungskommission des Reichstages. Er vertrat die Zwangsansätze. Hefferrich stand wie immer in beständiger Opposition und wandte sich in scharfer Rede gegen die Zwangsansätze. Da betrat plötzlich gegen 12 Uhr unser alter Genosse Bock-Gotha den Sitzungssaal und rief unseren Genossen zu: „Minister Rathenau ist erschossen!“ Hastige Frage, Antwort, bis der Abgeordnete Dr. Fischer-Köln hereinkam und händeringend, bleich, die Nachricht bestätigte.

Dr. Hefferrich wich von seinem Platte an die Fenster hinter den Plänen der Regierungsvertreter zurück. Sofort bildete sich eine dicke Gruppe von Regierungsvertretern und seinen Parteifreunden um ihn. Da sprang unser Genosse Bernstein vom Platz auf und rief in beständiger Erregung, mit dem ausgestreckten Arm auf ihn deutend, Hefferrich ins Gesicht: „Sie sind der Schuldige! Sie haben gestern gezeitigt! Sie haben gegen Erzberger gezeitigt! Das ist die Folge Ihrer Rede!“ Begleitet und geschützt von seinen Parteifreunden, verließ Hefferrich den Saal. Draußen empfing er den berühmten Blumenstrauch!

Nach seinem Weggang richtete sich die Erbitterung unserer Genossen gegen den Demokraten Dr. Fischer-Köln. Wieder war es Bernstein, der ihm zurief: „Ihr habt ihm geholfen, Ihr habt mit ihm die Steuern sabotiert, Ihr habt ihm erst heute wieder geholfen!“ Händeringend und zitternd vor Erregung stammelte Dr. Fischer Worte der Verteidigung. In gewaltiger Erregung und Erschütterung ging der Steuerauspruch auseinander.

„Schärflich hatten diese Vorfälle die wahre politische Lage und die Parteikonstellation erhellt. Und die Konsequenz wurde gezogen: Einigung der Sozialdemokratie!“

Hakenkreuz und Stahlhelm.

Die große Mode in Halle.

Halle, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiederaufrichtung des Molke-Standbildes am hiesigen Kaiser-Wilhelm-Denkmal soll am 11. Mai, acht Tage nach den Wahlen, unter großem nationalistischen Gepränge vor sich gehen. Man will, ungeachtet der bestehenden Bannmeile innerhalb Halles und trotz des bestehenden großen Ausnahmezustandes, eine Bierterminillion

Vortragsabend Walter Meiring. Diesem verdienstvollen Dichter schließt ein Vorderrang für seine höchst anmutigen Vorträge, die er unserem lieben Spießer jeden Grades immer wieder als Angebinde darbringt. Die drei kleinen Gedichte aus den „europäischen Nächten“, die er im Komohl-Berlog las, waren in ihrer knappen sicheren Art ein Musterbeispiel überlegener und kultivierter Satire. Ob er das Lohwobohu des Sedatage-rennens nachhängen läßt oder die kunst-logische Bildheit der ewigen Sammelherde ins Allumenschliche hüber parodiert, immer ist es ein besonderer Ton, der lachen macht und nachdenklich zugleich stimmt.

Ein Rabinetsstück für sich war „Der Angeklagte hat das letzte Wort“. Wenn hier der arme Schächer, der „10 Millionen“ in seinem Fall in Rohrung setzte, ja der überhaupt erst die Voraussetzungen für die Griminalberechtigung der Justiz schafft, den hohen Meistern des Mordens, den Generälen und Ministern, seine ironische Anerkennung macht, dann ist das schon etwas mehr als nur literarische Angelegenheit und geht uns alle an.

Ganz anders gestimmt, aber nicht minder eindrucksvoll war eine Rede „Die Grenze“, die auf kleinem Raume spukhaft menschliche Schicksale aufklammert. Zum Schluß dann einige köstliche Proben aus einer neuen Naturgeschichte. Und das ganze Publikum freute sich mit, als das arme, von der modernen Wissenschaft wie vom aufgefälligen Publikum gleichermaßen abgelebte berühmte Einhorn endlich einen Ruheplatz im englischen Wappen fand. Ausgerechnet —!

Acht heimatkundliche Studienfahrten unter wissenschaftlicher Leitung und lochundiger Führung veranstaltet wieder das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 120, Fernruf Kurfürst 9918/19, im Sommerhalbjahr. Ziele sind: der Bodensee, Schwaben, Oberlochen und Oberlochen, Wien und Umgebung, das nördliche Harzgebiet, die Mark, Niederbayern, Hamburg—Bismarck—Lübeck. Der Gesamtplan (20 W. und Rückposten) wird auf Verlangen zugestellt.

Vollstündige, Theater am Bülowplatz. Die am Freitag, 25. April, stattfindende Erläuterung des allindischen Märchenepos „Balamolana“, in der Redaktion von Neuschwanger (Regie: Paul Wendels), beginnt um 7 Uhr. Von Neuschwanger ist zur Teilnahme an dem letzten Proben eingetragenen.

Generalinspektoren Bruno Walter, der im nächsten Monat die Leitung der Wagner-Aufführungen des Londoner Covent-Garden-Theaters hat, wird nach seiner Rückkehr im Juni im Deutschen Opernhaus als Gastdirigant mehrere Aufführungen, darunter „Die Walküren“, „Tristan und Isolde“, „Die Zauberflöte“ und „Aida“, leiten.

Die Direktoren des Meißner Theaters (Dr. Berg) ist verkränkt und hat den Betrieb eingestellt. Die Uraufführung von „Gnädigster Herr“ ist deshalb aus. Die Redigenten sind wie immer die Schauspielerei und Musiker.

Humboldt-Gedächtnis. Das neue Vorkursprogramm Eltern bis Juni ist erschienen und in Buchhandlungen kostenlos zu haben.

Der künftige königliche Generalintendant. Wie die „Münchener Anzeiger“ über die Abreise von Hansstein, der den Intendantenposten am ehemaligen Münchener Hoftheater schon in den Jahren 1912—1918 bekleidet hat, von neuem mit dem Amt des Generalintendanten betraut werden, Kronstein hat wieder selbstergebe den Sprung von einem zweiten Kapellmeister an der Berliner Oper zum Leiter der bayerischen Bühnen wegen seiner köstlichen Beziehungen.

Anhänger der Kochtrabikoln auf die Beine bringen. Hindenburg und Ludendorff, sowie andere bewährte Heerführer, haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. Stahlhelm, Berwold und Jungdeutscher Orden rüsten zur größten Heerschau, die bisher in Norddeutschland geplant war. Bürger- und Kasernenquartiere sind bereits vorbereitet. Die angeblich so neutrale Technische Röhlfle hat ihre Mitglieder offiziell zur Teilnahme am Festzuge aufgefordert. Ein besonderer Einsatz dieser Organisation bereitet bereits ein Netz von Feldtelefonleitungen und Funkstationen vor, um alle Teile der Stadt, die der stundenlange Umzug berühren soll, zu verbinden. Den Kochtrabikoln ist gesagt worden, daß diese Vorkehrungen für den „Fall der Fälle“ getroffen werden müßten. Schon diese Maßnahme beweist, daß man sich im Lager der Vaterländischen Verbände über die Tragweite des Unternehmens klar ist.

Bezeichnend für die Zustände innerhalb der Demokratischen Partei in Halle ist der Umstand, daß sich die republikanisch gestimmten Parteimitglieder jetzt im Volksklub an die Öffentlichkeit schloßen. Sie erklären, daß die Teilnahme der Demokratischen Partei am sogenannten Vaterländischen Ordnungsbund, in dem die schlimmsten Gegner der Demokratie und auch der Anhänger des Kaiseriums stehen, aufs schärfste ablehnen. Der „Mitteldeutsche Kurier“, ein hiesiges Kopfblatt des demokratischen „Leipziger Tageblatts“, hatte die Aufnahme dieser Erklärung abgelehnt.

Völkische gegen Bayerische Volkspartei.

„Unter keinen Umständen“ Koalition.

München, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber den immer stärker ausbreitenden Gerüchten von einer geplanten Koalition zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Völkischen stellt am Donnerstag die „Großdeutsche Zeitung“ fest, daß weder der Völkische Block noch einzelne Kreise desselben daran denken, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen. In besonderer Ausprägung nimmt der „Völkische Anzeiger“ Stellung zu dieser Frage und schreibt unter anderem: „Wir glauben mit aller Bestimmtheit feststellen zu können, daß eine parlamentarische Koalitionsregierung zwischen den Völkischen und der Bayerischen Volkspartei für die völkische Fraktion im Landtag unter keinen Umständen annehmbar ist. Diese Möglichkeit dürfte schon an der Personenfrage scheitern. Vor einer Neuaufgabe der Firma Koch-Roth-Pöchner etwa in der Zusammenstellung Anklag-Pöchner-Roth sind die Sozialdemokraten bis auf weiteres gesichert.“

Die Hitler-Gardisten vor Gericht.

Studenten und Kommunisten als Landknechte.

„Kronprinz“ Rupprecht und die Hitler-Garde.

München, 24. April. (B. S.) Am Nachmittag wurde das Verhör der Angeklagten zu Ende geführt. Zu vernehmen waren noch acht der Beschuldigten, nachdem die Hauptangeklagten Maurer und v. Knobloch schon in der geheimen Sitzung vernommen worden waren. Der dann vernommene Angeklagte Maurer, der Schriftleiter des „Völkischen Kuriers“, der auch heute als einziger der Beschuldigten in Uniform erschien, wurde vom Vorsitzenden befragt, daß das Erscheinen in Uniform eine strafbare Handlung darstelle. Auch er widerrief sein Protokoll als unvollständig, da er ebenfalls mit Schutzhelm bedroht worden sei. Aus dem Verhalten der Behörde gegenüber dem Kampfband und aus der Parole vor dem „Kronprinzen“ Rupprecht kurze Zeit vor der Aktion vom 8. November habe er geschlossen, daß

der Kampfband als legale Organisation anerkannt

sei. Seine Beteiligung an den Unternehmungen des Stoßtrupps gab er zu.

Im weiteren Verlauf des Verhörs der Angeklagten bestätigte der Angeklagte Maurer noch, daß der Befehl zur Zerstörung der „Münchener Post“ von dem flüchtigen Hauptmann a. D. Böhring, der Befehl zur Entlassung der Landespolizei von dem Stoßtruppführer Benschold gegeben wurde. Die Maschinen der „Münchener Post“ sollten jedoch nicht zerstört werden. Die Entlassung der Landespolizei hat Maurer, wie er selbst zugibt, selbst geleitet und dabei einem „rentierenden Polizeibeamten“ die Pistole heruntergeschlagen.

Der Student Krüger hat im Vorderrang angegeben, daß die in der „Münchener Post“ entwendeten Autoreifen von Angehörigen des Stoßtrupps auf Postautos gebracht wurden. Er schränkt seine Aussage heute dahin ein, daß auch Angehörige anderer Formationen die Reifen weggebracht haben könnten.

Der Student Henel gab zu, daß er bei dem Zusammenstoß an der Feldherrnhalle einen Schuß auf die Landespolizei abgegeben hat, nachdem diese das Feuer eröffnet hatte.

Der Student Stallwerk, der wie die beiden vorher vernommenen Angeklagten aus Köln stammt, gab seine Mitwirkung bei der Aktion des Stoßtrupps ebenfalls zu.

Aus dem Verhör des Angeklagten Fritschel erfuhr man, daß dieser bis 1921 der Kommunistischen Partei Deutschlands angehörte und dann zum Bund Oberland übertrat. Er hat

den Oberbürgermeister Schmidt auf Befehl gepackt und abgeführt.

Gegen den polizeilich vorgeführten Angeklagten Steinbinder erhob dann der Staatsanwalt ebenfalls Anklage wegen Beihilfe zum Hochverrat. Steinbinder hat, wie er zugibt, u. a. auch den Stoßtrupp zur „Münchener Post“ und zur Wohnung des Abgeordneten Auer begleitet und die entwendeten Schreibmaschinen zum Bürgerbräukeller gebracht.

Der letzte der Angeklagten, der Kriminalassistent Gerum, der bei der politischen Polizei in München angehört, später zu einer anderen Verwendung kommandiert wurde und jetzt wegen seiner Beteiligung an dem Hitler-Putsch vom Dienst suspendiert worden ist, trat schon als Polizeibeamter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und dem Stoßtrupp Hitler bei. In Gegenwart der übrigen Angeklagten bestätigt er die Annahme der Anklage, daß die Leute des Stoßtrupps

auf ihre Führer vereidigt

worden sind. Gerum drang noch vor Hitler am 8. November in den Bürgerbräukeller ein, bahnte Hitler den Weg zum Podium und brachte Rahr, Lössow ins Benzimmer. Auch er will den Stoßtrupp nach den Erklärungen Lössows als einen Teil der regulären Armee betrachtet haben. Der Angeklagte behauptete weiter, daß ihm auch der Chef der Politischen Abteilung der Polizeidirektion, Oberregierungsrat Bernreuther, beim Verlassen des Bürgerbräukellerlokales die Hand gedrückt und seiner Freude darüber Ausdruck gegeben habe, daß endlich einmal eine nationale Regierung zustande gekommen sei. Auch andere Polizeibeamten hätten sich, wie er (Gerum) selbst an der Kontrolle der Saalbesucher beteiligt. Gerum beschlagnahmte, wie er zugibt, im Laufe der Nacht die Akten Auer in der „Münchener Post“ auf Befehl Böhrings, als die Zerstörungen bereits beendet waren. Auch dort habe er Polizeibeamte getroffen. Ueber den Inhalt der Akten, die er Hitler persönlich übergab, will der Angeklagte nicht in öffentlicher Sitzung sprechen. Er übernahm

Leitung des Werbebureaus für die Nationalarmee

nach seiner Angabe im Auftrag Scheubner-Richters. Das Gerücht von der Verhaftung Fritsch und Pöchner am 9. November habe er nicht geglaubt, da er getraut habe, daß neun Zehntel der Beamten der Münchener Polizeidirektion nationalsozialistisch seien. Daß die Minister und die höheren Polizeibeamten verhaftet wurden, habe er nicht gewußt. Er habe, wie er auf Verhalt des Staatsanwalts erklärt, nur gesehen, daß die Herren aus dem Saal herausgeführt wurden. Der Staatsanwalt erklärte, daß

er den Chef der Politischen Abteilung der Polizeidirektion als Zeuge über die Angabe Gerums laden lassen werde. Der Angeklagte bemerkte zum Schluß, daß er der Vermittler zwischen der Polizei und der Hitler-Partei gewesen sei.

Dann verlas der Vorsitzende ein schon früher öffentlich bekanntgewordenes Schreiben, in dem der flüchtige Bruder des im Saal anwesenden Angeklagten Fiedler seinem Chef, Komm. Rat Neumeyer,

eingesteh, daß er sich an Verleumdungen beteiligt hat.

angeblich um seine Ausgaben für die Hitler-Bewegung zu decken. Der Angeklagte Fiedler erklärt dazu, er glaube vielmehr, daß sein Bruder die unterschlagenen Gelder beim Rennen verwettet habe. Der Vorsitzende ordnete die Ladung des Zeugen Neumeyer auf Freitag an.

Die öffentliche Vernehmung der Angeklagten war damit beendet. In nichtöffentlicher Verhandlung wurde das Verhör Gerums abgeschlossen. Die Zeugenvernehmung beginnt Freitag vormittag um 9 Uhr.

Auch Seifer tritt zurück.

Seifer, der Chef des bayerischen Landespolizeiamtes, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. d. Rahr — die „Bayerische Staatszeitung“ übernimmt übrigens die Meldung von seinem bevorstehenden Rücktritt aus den Berliner Blättern ohne Kommentar — hat sich wieder aus München fortgegeben. Ein Rücktrittsgesuch hat er noch nicht eingereicht. Dagegen ist er, wie Seifer, nach wie vor beurlaubt. Das Ermittlungsverfahren gegen die Herren Rahr, Lössow und Seifer läuft weiter.

Preussische Gemeindevahlen am 4. Mai.

Der Landtag, der gestern zusammentrat, um noch einmal über die Frage einer Verschiebung der Gemeindevahlen zu beraten, vertagte sich auf den 20. Mai, ohne den Gegenstand zu erledigen. Ursprünglich war der 4. Mai, der Tag der Reichstagswahlen, auch zum Termin für die Gemeindevahlen in Preußen ausersehen worden. Zentrum und Volkspartei beantragten darauf in einem Antrag eine Verschiebung der Gemeindevahlen auf den 1. Juni. Die Sozialdemokratie bekämpfte den Antrag. Er kam über die erste Beratung nicht hinaus. Als in der gestrigen Sitzung von sozialdemokratischer Seite gegen die zweite und dritte Beratung des Antrags an demselben Tage protestiert wurde, gaben die Bürgerlichen das Rennen auf und zogen ihren Antrag zurück.

Der 4. Mai bleibt also vorerst Termin für die Gemeindevahlen in Preußen. Das gilt allerdings nicht für Berlin, das gesondert wählt.

Der Verwaltungsrat der Reichspost.

Wie ill. erfährt, hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichspostministers die Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichspost ernannt. Es gehören dem Verwaltungsrat an:

1. Sieben Mitglieder des Reichstags: Steinops (Soz.), Bender (Soz.), Aukotte (Ztr.), Dr. Wolf (D.D.P.), Bruhn (Dnc.), Delius (Dem.), Vöcht (B. V.P.).

2. Sieben Mitglieder des Reichsrats: Dr. Robb Berlin, Dr. Sommer-Berlin, Röhrer-München, Graf von Holten-Berlin, Köhn-Sulzbach, Schumann-Hamburg, Boden-Berlin.

3. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums: Dr. Auer-Berlin.

4. Sieben Vertreter des Postpersonals: Genzle (Präsident), Kieselbach (Oberpostdirektor), Höp (Ministerialrat), Rothacker (Postrat), Augler (Postsekretär), Kolshorn-Eise (Telegrapheninspektor), Widmann (Postinspektor).

5. Neun Vertreter der Wirtschaft und des Verkehrs: Grünfeld-Berlin, Maurer-Pforzheim, Adamer-Württemberg, Guiben-Chemnitz, Dr. Bamberger-Mainz, Dr. Neusch-Hannover, Graf von der Schulenburg-Grünhölz (Mark), Dr. Helld-Rosenburg, Schumann-Berlin.

Der Verwaltungsrat wird in den ersten Tagen des Mai zusammentreten, um den Etat der Reichspost zu verabschieden. Im Rahmen des neuen Reichspostunternehmens ist der Verwaltungsrat nach dem Reichspostminister die wichtigste Instanz. Er übernimmt alle Aufgaben, in die sich bisher die parlamentarischen Instanzen (Reichstag, Reichsrat) und der Verlehrsbeirat geteilt haben. In allen wichtigen Fragen ist der Reichspostminister an die Zustimmung des Verwaltungsrats gebunden. Stimmen Reichspostminister und Verwaltungsrat nicht überein so bleibt dem Reichspostminister nichts weiter übrig, als an die Entscheidung des Reichskabinetts zu appellieren.

Die lettische Enteignung.

Proteste fremder Regierungen.

Riga, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß der endgültigen Annahme eines sozialdemokratischen Initiativantrages über die entschädigungslose Enteignung des lettischen Großgrundbesitzes haben Frankreich, Italien und Polen an den Ministerpräsidenten Sommel eine Kollektivnote gerichtet, in der diese Staaten gegen die entschädigungslose Enteignung des Besitzes ihrer Staatsangehörigen in Lettland Verwahrung einlegen. Die deutsche Regierung wird ebenfalls dem Außenministerium eine Protestnote überreichen lassen, in welcher sie auf Verdrächlichkeit der Entschädigungsforderungen der Reichsdeutschen besteht.

Der Reichskanzler im besetzten Gebiet. Am Sonntag wird der Reichskanzler in Düsseldorf mit Genehmigung der Besatzungsbehörden eine Wahlrede halten. Das erstmalig seit mehr als 15 Monaten darf ein deutscher Minister wieder aus dem besetzten Gebiet sprechen, während bisher an der Grenze des besetzten Gebietes auf Minister und höhere Beamte garabazu Jagd gemacht wurde.

Der Entwurf einer Reichshandwerkerordnung ist im Reichswirtschaftsministerium fertiggestellt und der Reichsregierung zugeleitet worden.

Polnisch-rossischer Gefangenenaustausch. Am 27. April treffen in Warschau 117 polnische Gefangene ein, darunter 11 zum Tod Verurteilte und ebensovielen in Polen wegen kommunistischer Umtriebe Beurteilt werden „über die Grenze abgeschoben“.

Die Deutschen Bessarabiens erlassen in der dort erscheinenden „Schwabischen Volkspresse“ eine Erklärung des Inhalts, daß die 100 000 Deutschen Bessarabiens den Anschlag dieses zu drei Vierteln durch Rumänen bewohnten Landes an Rumänien als gerechtfertigt betrachten.

Letzte Nachrichten.

San José de Guatemala durch Feuer zerstört.

Guatemala, 24. April. Eämtliche Hofengebäude der an der Westküste des Staates Guatemala am Stillen Ozean gelegenen Stadt San José de Guatemala sind durch Feuer zerstört worden. Der Schaden ist sehr beträchtlich, besonders da auch die Jollhäuser, in denen große Mengen von Kaffee und anderen Ausfuhrprodukten lagerten, mitverbrannt sind.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Selbstverwaltung.

Eine gemeinsame Plenarsitzung der Gewerkschaftskommission und des AFD-Delegierten Berlin hat, wie wir bereits berichtet haben, gegen Bestrebungen Stellung genommen, die darauf hinauslaufen, die Erwerbslosenfürsorge den öffentlichen Arbeitsschreibern und Landesarbeitsämtern zu entziehen und auf die politischen Behörden zu übertragen. Auf Rückfrage beim Reichsarbeitsministerium erfahren wir, daß dort eine solche Absicht nicht besteht. Im Gegenteil werde Wert darauf gelegt, dem natürlichen Zusammenhang zwischen Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge Rechnung zu tragen und damit auch die Selbstverwaltung der Bezirke zu sichern. Dies soll insbesondere auch dadurch geschehen, daß die Landesämter mit ihren aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeten Verwaltungsausschüssen Träger der zu errichtenden Gefahrengemeinschaften werden sollen.

Mit den Absichten des Reichsarbeitsministeriums stimmen aber nicht die Pläne des preussischen Wohlfahrtsministeriums überein, wo man anscheinend die Erwerbslosenfürsorge, deren Kosten die Wirtschaft ja trägt, mit Haut und Haaren der Staatsbehörde ausliefern will. Der Entwurf für das Arbeitslosenversicherungsgesetz hätte bekanntlich einheitliche Beiträge für das Reichsgebiet vorsehen. Diese Lösung wäre auch heute die zweckentsprechendste. Sie fand aber starke Widerstände in den föderalistischen Bestrebungen einiger Länder. Diese, z. B. Sachsen und Bayern, haben inzwischen einheitliche Beiträge für das Land beschlossen. Für Preußen bestände eine gleiche Möglichkeit, um so wenigstens für den größeren Teil Deutschlands zu einem Gefahrenausgleich zu kommen, wenn sich ein solcher einheitlich für das ganze Reich im Augenblick nicht erreichen läßt. Statt dessen will Preußen den entgegengesetzten Weg beschreiten.

Die Berechnung ermächtigt die obersten Landesbehörden, Gefahrengemeinschaften für einen größeren Bezirk zu bilden, wobei der Bezirk regelmäßig der eines Landesamts sein soll. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt fordert nun mit Rundschreiben vom 28. März 1924 die Regierungspräsidenten aus, Gefahren- und Beitragsgemeinschaften für den Bereich eines Regierungsbezirks vorzubereiten. Er hat solche Bezirke auch bereits bestimmt.

Damit wird für Preußen die größere, wirtschaftlich einigermaßen festumrissene Ausgleichsgemeinschaft zerlegt. An ihre Stelle treten eine Reihe kleinerer Bezirke, die ganz systemlos wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete, zum Teil sogar bestehende Bezirksarbeitsnachweise auseinanderreißen. Das Vorhaben des Wohlfahrtsministeriums ist aber auch ein Vorstoß gegen die neuen Bestimmungen der Verordnung, diktiert von dem Reformwunsch, im Wohlfahrtsministerium die Selbstverwaltung der Wirtschaft zu beteiligen und die Erwerbslosenfürsorge zur Aufgabe der von keiner Einrede der Arbeiter- oder Unternehmervertreter beherrschten Staatsbehörde zu machen. Würde die Gefahrengemeinschaft auf den weiteren Bezirk eines Landesamtes ausgedehnt, so wäre der verwaltende Apparat mit seinem persönlichen Verwaltungsausschuss gegeben. Der Bezirk eines Regierungspräsidenten ist dem Arbeitsnachweisgesetz unbekannt. Bei ihm besteht kein Verwaltungsausschuss, wie überhaupt keiner der Einfluss auf Rechte für die die Erwerbslosenfürsorge bestimmt und die die Mittel hierfür selbst aufbringen müssen.

Der für Preußen in Aussicht genommene Weg ist praktisch verfehlt, weil er keinen genügenden Gefahrenausgleich schafft und weil er die Zusammengehörigkeit der Wirtschaftgebiete nicht achtet. In Wirkung und Ziel ist er ein Schlag gegen die Selbstverwaltung, der mit größter Entschiedenheit abgewehrt werden muß. Die Umstellung der Erwerbslosenfürsorge von der Staatshilfe auf die Selbstverwaltung durch die Versicherung hat ohnehin einen auf längere Zeit unerträglichen Zustand geschaffen. Dem im Verhältnis zur viel zu geringen Unterstützung enorm hohen Mitgliedsbeitrag stehen teilweise Rechte der Versicherter gegenüber. Die Regierung will sich bemühen, der „Fürsorge“ durch Verordnungen und Bestimmungen die von ihr gemachte Form zu geben, um damit der schlagartigen Arbeit für eine „Versicherung“ vorzuarbeiten. Es ist die größte Gefahr des preussischen Vorstoßes, daß hier die Selbstverwaltung und Selbstverwaltung vernichtet werden sollen, um Unterlegen dafür zu schaffen, daß auch eine kommende Arbeitslosenversicherung, losgelöst von jedem Einfluss der beitragszahlenden Versicherer, zur Staatsaufgabe wird, unbekümmert darum, ob sie dadurch ihre großen Aufgaben im Bureaukratismus erfüllen läßt. Es ist höchste Zeit, daß überall die verantwortlichen Vertreter der Arbeitnehmer in den lokalen und bezirkslichen Organen des öffentlichen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge die unabweisbare Gefahr des Planes, der mit aller Heimlichkeit im Wohlfahrtsministerium geschickt vorbereitet wird, erkennen und ihn mit allen Mitteln bekämpfen. Schon der nächste Wahltag bietet Gelegenheit, zu zeigen, daß wir mit der Vernichtung der Selbstverwaltung in der Wirtschaft nicht einverstanden sind.

Der Zimmererstreik.

Zum Zimmererstreik wird uns vom Verband der Zimmerer folgende Geschichte: „Wie aus den Berichten der Arbeitgeber in der bürgerlichen Presse hervorgeht, haben sich die Arbeitgeber nicht an die vom Schlichter bis 17. April festgesetzte Erklärungsfrist gehalten. Sie haben vielmehr ohne Wissen der Arbeitnehmer diese Frist bis zum 22. April verlängern lassen, um so die Verantwortung für den jetzigen Kampf auf die Arbeitnehmer abwälzen zu können. Die Zimmerer wollten den bestehenden Tarifvertrag für den Monat April verlängern. Im Reich ist in vielen Großstädten genau so verfahren worden, ohne an der bisherigen Arbeitszeit etwas zu ändern. Nur in Berlin sollte das nicht möglich sein. Der Schiedsrichter wurde von uns abgelehnt, weil er bis zum Schluß eines neuen Reichstarifvertrages die neunstündige Arbeitszeit festsetzt, so wie für so lange Zeit einen nicht den Verhältnissen entsprechenden Lohn festsetzt. Und wird in dem Bericht der Arbeitnehmer von der Wiederholung der Quälerei gefaselt. Lebendtaugende Berliner Bauarbeiter waren monatelang arbeitslos, nur weil der Wucher mit Rohstoffen und die hohen Zuschläge der Unternehmer jegliche Ausführung von Bauarbeiten unmöglich machte.“

Achtung, Streik der Bauanschläger!

Seit dem 11. April stehen die Bauanschläger bei den Organisationen im Streik um die Aufbesserung ihrer Löhne. Die Unternehmer beharren auf ihrem Herrenstandpunkt und lehnen jede

Verhandlung brüst ab. Die Bauanschläger sind entschlossen, so lange im Streik zu verharren, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind. Sie erlauben die gesamten Bauarbeiter, die in diesem Kampf zu unterstützen und die auf den Bauten beschäftigten Bauanschläger nach der Arbeitsberechtigungsfarte zu befragen, denn nur wer im Besitze einer solchen Karte ist, ist von der Organisation zur Arbeit berechtigt.

Neue Lohnvereinbarungen für die Töpfer.

Verhandlungen in der Osterwoche hatten ergeben, daß die Unternehmer den Stundenlohn von 75 auf 85 Pf. erhöhen wollten. Eine Versammlung der Töpfer bezeichnete dieses Angebot als zu niedrig und beauftragte die Fachgruppenleitung, erneut zu verhandeln. Die neuen Lohnverhandlungen am Mittwoch waren sehr kompliziert, da sie unter dem Eindruck der geplanten Aussperrung der Bauarbeiter standen. Die Unternehmer lehnten nicht nur jede Erhöhung über 10 Pf. hinaus ab, sondern verlangten eine längere Bindung des Angebots. Nach stundenlangen, zum Teil erregten Auseinandersetzungen einigten sich die Parteien auf folgenden Beschluß:

„Der Stundenlohn wird ab 21. April auf 85 Pf. erhöht; der Akkordmultiplikator ist 0,85. Die Vereinbarung läuft bis zum 2. Mai 1924 einschließlich. Die Richtlinien für die Hilfsarbeiter bleiben bestehen. Die Arbeitszeit beträgt nach wie vor 8 Stunden.“

Die Verhandlungen über den Bezirkstarif wurden vorläufig vertagt, da über die Berechnung und die Höhe des Preises für die halbe Radel neue Differenzen entstanden. Anschließend stehen die Töpfermeister unter dem Einfluss des sich jetzt im Baugewerbe abspielenden Kampfes. Die Organisationsleitung der Arbeitnehmer wird dafür Sorge tragen, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden.

Für die Töpfer ist am 1. Mai strenge Arbeitsruhe beschlossen. Alle im Baugewerbe Organisierten haben die Pflicht, sich an der Veranstaltung des Baugewerksbundes im Sozialbau Friedrichshain am 1. Mai zu beteiligen.

Neue Löhne im Einzelhandel.

Für die Handelshilfsarbeiter ist am 10. April eine neue Lohnvereinbarung zustande gekommen, so daß die Löhne von diesem Tage ab bis 31. Mai für die über 22 Jahre alten Arbeiter von 30 bis 34 M. betragen. Für die Zeit ab 5. bis 19. April gelten die Sätze des vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedspruches.

Die neuen Lohnsätze und der verbindlich erklärte Mantelvertrag sind beim Deutschen Verkehrsbund, Zimmer 32, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Freiheitskämpfer in der Küche von Adlon.

Am März streikten die Köche im Hotel Adlon. Als nach dem Abbruch des Lohnkampfes Streikende und Streikbrecher miteinander in der Küche arbeiten mußten, kam es gleich am ersten Tage nach dem Streik zu Freiheitskämpfen zwischen beiden Parteien, die mit einem Messerstreit anfangen und schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Zwei Köche, die am Streik beteiligt waren und einen Streikbrecher geschlagen haben sollen, wurden sofort entlassen. Sie klagten beim Gewerbegericht, indem sie ihre Entlassung als eine unbillige Härte bezeichneten. Die beklagte Firma hatte auf Grund einer Untersuchung, die sie im Betriebe vornehmen ließ, ein übertrieben großes Bild von dem Vorgang bekommen, das auch vor Gericht entrollt wurde. Da war zunächst die Rede von einem der Streikenden, aus dessen Munde ein Zeuge die Worte gehört hätte: „Wir Sozialisten — Bomben werfen — vier Jahre die „Rote Fahne“ wehen.“ Weiter wurde behauptet, ein Streikender habe mit dem Messer gedroht. Durch einen Zeugen wurde jedoch bekundet, daß der angebliche „Messerheld“ ein eben bei der Arbeit von ihm benutztes Messer in der herabhängenden linken Hand hielt, während er die ungewehrte rechte Hand drohend gegen seinen Gegner erhob, der aber durch zwei Tische, zwischen denen sich ein hohes Eisengerüst befand, von ihm getrennt war. Auch im übrigen erhielt der Vorgang durch die Aussagen anderer Zeugen ein bedeutungsloses Gesicht. Andererseits konnte ein Zeuge angeben, daß er ein Gespräch zwischen dem Küchenmeister und einem Angestellten gehört habe, woraus deutlich hervorgeht, daß man bei passender Gelegenheit sich der „radikalen Sozialisten“ entledigen wolle. Den Streit in der Küche scheint man denn auch wohl als solche eine passende Gelegenheit bemerkt zu haben.

Das Gericht kam zu dem Urteil, die Verletzung der Kläger sei so geringfügiger Natur, daß sie keinen berechtigten Grund zur Entlassung abgibt. Die Firma wurde deshalb verurteilt, die Kläger wieder einzustellen, oder dem einen 600, dem anderen 1000 Goldmark als Entschädigung zu zahlen.

Unberechtigter Entlassung.

Ein im Hotel Kaiserhof beschäftigt gewesener Zimmerkellner wurde entlassen mit der Begründung, er habe Gäste bestohlen und einen Hoteldiener geschlagen. Vor dem Gewerbegericht, wo der Kellner seine Entlassung wegen unbilliger Härte anfocht, konnte für den angeblichen Diebstahl nichts weiter angeführt werden, als daß Gäste sich beklagt hätten, ihnen seien in ihren Zimmern Zigaretten entwendet worden. Mit der Schlägerei verhält es sich so: Der Kläger wurde anlässlich eines Streites von dem ihm an Körperkräften weit überlegenen Hoteldiener tätlich angegriffen und durch einen Kollegen aus den Händen des Anreizers befreit. Dieser Zwischenfall wurde durch die Direktion geschlichtet und war damit erledigt. Abends beim Nachhausegehen hat dann der Kellner gemeinsam mit seinem Bruder dem Diener auf der Straße einen Schlag versetzt.

Das Gericht erkannte dahin: Für den Diebstahl sei nicht die Spur eines Beweises erbracht. Der durch die Direktion geschlichtete Streit könne als Entlassungsgrund nicht geltend gemacht werden, ebensowenig der ausserhalb des Betriebes erfolgte Zusammenstoß. Die Firma wurde zur Wiedereinstellung des Klägers oder zur Zahlung einer Entschädigung von 700 Goldmark verurteilt.

Landarbeiterstreik im Freistaat Sachsen.

Von Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

In der Crimmitschauer Gegend im Freistaat Sachsen sind auf mehreren größeren Gütern die dort beschäftigten Landarbeiter in den Streik getreten. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ soll eine amtliche Stelle in Sachsen bei der Meldung dieses Streiks irreführende Nachrichten in die Öffentlichkeit gebracht haben, indem sie mitgeteilt

hat, daß die Landarbeiter anstelle ihres bisherigen Lohnes von 15 und 10 Pf. einen solchen von 25 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Arbeiter haben wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht dem Berichterstatter den Vorwurf, er mache mit amtlichen Mitteln Wahlstimmen gegen die Landarbeiterschaft. In Wirklichkeit sei der Lohn nun mindestens doppelt so hoch als in der amtlichen Notiz angegeben, und außerdem seien diese Landarbeiterlöhne zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart worden.

Diese Angaben der „Deutschen Tageszeitung“ entsprechen nicht der Wahrheit. Der Lohn des landwirtschaftlichen Lohnarbeiters in Sachsen besteht aus 14 Pf. Barlohn und einem Deputat im Werte von 9,1 Pf. Die Deputate sind zu den jetzt geltenden Marktpreisen und die Wohnung mit 45 M. pro Jahr berechnet. Dieser Lohn von insgesamt 23,13 Pf. pro Stunde ist zwischen den Organisationen nicht vereinbart, sondern vom Schlichtungsausschuß in einem Schiedspruch im Dezember vorigen Jahres festgestellt worden. Die Bemühungen des Deutschen Landarbeiterverbandes, mit dem Sächsischen Landbund in Verhandlungen über eine Lohnhöhung zu kommen, hat dieser seit langer Zeit rundweg abgelehnt. Sein Wunsch ist, die Landarbeiterorganisation zu befechtigen.

Vor einigen Wochen setzte der Landbund zu diesem Zweck einseitig einen Barstundenlohn von 16 Pf. fest. Den Lohn sollen nur diejenigen bekommen, die sich bereit erklären, dem Deutschen Landarbeiterverband den Rücken zu kehren. Dabei steht fest, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben Barstundenlöhne von 20 bis 32 Pf. freiwillig gezahlt werden. Der Deutsche Landarbeiterverband hat deshalb die Forderung gestellt, die Barlöhne auf 25 Pf. pro Stunde zu erhöhen.

Vor einigen Tagen hat der Schlichtungsausschuß in Dresden einen Spruch gefällt, worin den Arbeitern 17 1/2 Pf. Barlohn zugestanden wird. Der Deutsche Landarbeiterverband ist nicht in der Lage, diesen Schiedspruch anzuerkennen. Er hat ihn abgelehnt. Es wird weiter versucht werden, durch den sächsischen Schlichter nachmögliche Verhandlungen mit den Parteien zu bekommen.

Zu diesen Dingen kommt noch hinzu, daß der im Dezember gefällte Schiedspruch mit 14 Pf. Barlohn von vielen Landbündlern nicht anerkannt wurde. Diese Arbeiter sind heute noch nicht im Besitz der Radzahlkarte. Es ist selbstverständlich, daß den Landarbeitern bei einer solchen Behandlung die Geduld reicht und Streikstimmung ausgelöst wird. In einer Gegend, die so mit Industrie durchsetzt ist, wie der Freistaat Sachsen, ist es den Landarbeitern unmöglich, mit dem ihnen zugestandenen Lohn auszukommen. Es liegt an dem Sächsischen Landbund, ob der Wirtschaftsfrieden gewahrt werden soll. Der Deutsche Landarbeiterverband hat bisher alles versucht, ihn zu erhalten.

Vergewaltigungstreif im Ruhrgebiet.

Wie aus Oberhausen berichtet wird, sind auf der Zeche Klisab den Vergewaltigungstreif Hibernia auf den Schächten I, II, III, IV, V und VI der Konfordia (Kombacher Hüttenwerke) getreten. Zur Frühlzeit ist niemand angefahren — Eine weitere Meldung besagt, daß auf Klisab 433 von 700 Mann streiken, auf der Konfordia 70 Proz. der Belegschaft.

Kesselstreik gegen einen Schlichtungsausschussvorsitzenden

Nach der Ill. hat die Regierung in Köln — „trotz der Vorstellungen der Kölner Arbeitergemeinschaft“ — den Gewerkschaftssekretär zur Forderung zum Vorsitzenden des Kölner Schlichtungsausschusses ernannt. Daraufhin legten die beiden nebenamtlichen Vorsitzenden ihre Ämter nieder und lud Arbeitgebertreue beauftragt, den angestellten Vorsitzenden in allen Fällen als befangen abzulehnen. Weiter wird damit gedroht, daß die Arbeitgebervertreter gleichfalls die entsprechenden Folgerungen ziehen würden.

Die Bauarbeiter in Elberfeld-Barmen lassen heute ausgespart werden. Sie waren in Teilstreik für die Beibehaltung des Achtstundentages eingetreten und für die Erhöhung des Stundenlohns auf eine Mark. Es ist jedoch möglich, daß die Verhandlungen noch zu einer Einigung führen.

Die Angestelltenverbände in Essen verhandeln mit der nordwestlichen Unternehmergruppe Eisen und Stahl über den Rahmenlohn und eine Gehaltserhöhung von 20 Proz. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, sich zu dieser Forderung jetzt nicht äußern zu können, da sie keine Realmacht dazu hätten. Auf Anfrage der Angestelltenverbände, wie man überhaupt über eine Erhöhung der Gehälter denke, erwiderten die Arbeitgebervertreter, daß sie in ihrem Verande noch vor Ende d. R. eine endgültige Stellungnahme der Arbeitgeber herbeiführen wollten.

Der Landarbeiterstreik in Ostpreußen erstreckt sich nach einer WTB-Meldung im Landkreis Königsberg auf etwa 130, im Kreis Fischhausen auf etwa 80 Güter.

Der Streik in den sächsisch-thüringischen Webereien, namentlich im Bezirk Gera-Größ, ist nach einer Meldung des „Konfession“ durch Arbeitswiederaufnahme beendet worden. — Die WTB berichtet, sind in Pöhn rund 60 Proz. der Arbeiterschaft in die Betriebe zurückgeführt.

Achtung, Eisenbahner!

Genie, Freitag, abend 7 Uhr öffentliche Eisenbahnerversammlung in Charlottenburg, Friedrichs-Platz, Berliner Str. 23. Die Bedeutung des neuen Tarifvertrages für die Eisenbahner. Vertreter: Hermann Kemper, Eisenbahner, Lokal für Wasserbruch. Der Verhandlungsausschuß der WTB-Eisenbahner. Achtung, Währungsverhältnisse! Dienstag den 29. April, abend 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Bezirksversammlung. Ref.: Wilhelm Lande. Handelshilfsarbeiter der Müll- und Unkrauthandel. Die neuen Lohnbestimmungen treten ab 19. April 1924 in Kraft. Abtag sind im Bureau des Deutschen Verkehrsverbundes, Anhalterstr. 24/25, Zimmer 2, gegen Mitteilungsbescheinigung.

Verband der Güter- und Gürtnerarbeiter, Gruppe Landbau-Güterarbeiter — Renabahn, wichtige Gruppenversammlung am Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Anhalterstr. 24/25.

Angestellte der Selbstbrauereien und Gewerkschaften. Wichtige Versammlung am Freitag, nachm. 6 Uhr, in den Sophienkassen, Sophienstr. 11/12. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Rohmaterialstreik. 2. Aprilstreik. 3. Zentralverband der Angestellten. 4. Deutscher Werksmeisterverband.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Sternberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlawatz; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöde; Amtlich in Berlin: Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: Germania-Verlagsdirektor und Verlagsanwaltschaft: Paul Singer u. Co., Berlin, S. B., Lindenstraße 2, Stern 2 Beilagen.

MASSARY ROAL
EINE ZIGARETTE VON RANG
5-8

KON-LINON

Von der Mode und ihren Kleinigkeiten.

Frauen, die über zu viel Zeit verfügen, und Frauen, die durch irgendeine extravagante Umwandlung ihres Körpers ihre Persönlichkeit in das richtige Licht setzen wollen...

Das Zebra als Vorbild.

Das Streifenmuster, uns schon seit langem gut bekannt, verschwindet auch jetzt nicht von der Bildfläche. Mit Geschmack zur Anwendung gebracht, verleiht es der Trägerin, nur durch sich selbst, die gewünschte Linie, ohne daß es einen Anspuch verlangt...

man's nennen will. Die Frau, die etwas auf sich hält, trägt zum Apachentuch auch die Apachenfrisur. Und dieser Kubentopf, bis vor kurzem hieß er Böhmerinnenfrisur, macht einen sehr natürlichen Eindruck...



Dst ist die Kante des Bezuges so gewebt, daß sie stark hervortritt. Der Auslauf der Stangen wird farbig gestaltet, vornehmlich in Koralle- oder Eisenbeimerlack. Der Schirmgriff hat entweder dieselbe Farbe bei gleichem Material oder er sieht zu ihm in einem nahezu verben Kontrast...

Das Apachen-Muster.

Deuten, denen es sehr wohl ergeht, haben oft ein merkwürdiges Interesse für wirtschaftlich verunkelte Schichten. So trägt man, das ist in diesem Falle die Dame von Bell, heute das Apachentuch. Es wird einfach um den Hals geknotet und hängt fest...

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cinnankoski.

1. Juba Lutela, der Witmann, sah an seinem Tisch und tat die letzten Striche mit dem Rasiermesser. Er legte das Messer beiseite und sah in den Spiegel. Ein stilles Leuchten breitete sich über seine Züge...

Das teure Theater.

Man schreibt uns: Berlin hat die teuersten Theaterpreise. Das Publikum nimmt das schweigend hin oder aber es vertritt sich mit den Volksbühnen und den sonstigen Vereineremäßigungen. Dazu wäre endlich einmal etwas zu sagen: Erstens ist es gar nicht der ursprüngliche und alleinige Sinn der Volksbühne, „billig Theater zu machen“...

Funer!

„Unser täglich Brot gib uns heute.“ Unter dem Borst der Landgerichtsrats Hartung sprach gestern zum ersten Male das Potsdamer Schöffengericht in einem Aufrufprozeß Recht. Sieben Potsdamer Arbeiter waren angeklagt, sich am 25. Oktober v. J. des Verbrechen aus § 124 in Lateinheit mit § 253 schuldig gemacht zu haben...

Er verank so tief in diese Gedanken, daß er gar nicht bemerkte, wie die Tür der Stube leise geöffnet wurde. „Guten Tag, Juba!“ erklang eine bekannte Stimme an der Tür. Lutela fuhr beinahe zusammen. „Guten Tag, Schwester!“ antwortete er — mit dem Lächeln noch auf den Lippen und mit still „rahlenden Augen. Die Schwester aber blieb an der Tür stehen und sah über rascht nach ihm. „Nun, was denn?“ wunderte sich Lutela, obwohl er ange sichts der Ueberraschung seiner Schwester immer wieder lächeln mußte...

„Und hättest's auch nicht gehofft — nicht wahr?“ fragte Lutela ein wenig spitz. Aber es reute ihn sofort, und er fuhr brüderlich fort: „Ich habe es mir ja auch selber überlegt. Es ist allerdings schade, daß dies eine Fremde erben soll, da zwischen uns...“ „Schütel!“ rief die Schwester aus. „Daß du von so etwas anfängst. Ich habe übergenug zum Leben — aber...“ Sie brach unsicher ab und sah wieder dem Bruder ins Gesicht. „Was, aber?“ „Wo du schon so alt bist,“ sagte die Schwester leise, durch das Lächeln ihres Bruders ermutigt. „Alt?“ lächelte Lutela. „Hast du nicht eben das Gegen teil gesagt?“ „Nicht wegen des Alteren. Aber wenn man schon fast ein Siebziger ist. Und wenn man fünfundsiebzehn Jahre ver heiratet gewesen ist, dann...“ „Dann genügt's, was?“ lächel'te Lutela absichtlich zwei deutig. Aber es reute ihn wieder sofort, daß er sich zu dem für e'nen alten Mann unpassenden Scherz hatte hinreihen lassen, und er fuhr ernst fort: „Wer kennt denn die Bedürfnisse des anderen, Bedürf nisse gibt es mancherlei. Und wenn ich nun ein solches hätte, obwohl du es nicht kennst?“ „Ich kenn's ja auch nicht. Ich dachte nur, es müßte dir nun wohl sein, nachdem du dein Geßß verkauft hast und hier deine alten Tage zubringen kannst. Wed' i't da und was man sonst braucht, du hast alles was du gewollt hast.“ Lutelas kleine Augen blinnten auf. „Wenn ich aber doch nicht alles hätte, was ich gewollt habe? Wenn noch eins fehlte?“ Die Schwester sah ihn überrascht an. Sie hatte nie die Augen ihres Bruders so lodern und seine Stimme so tief aus der Brust grollen hören. „Du scheinst von all diesen Dingen nichts zu verstehen,“ fuhr er fort, indem er arstard und nicht an seine Schwester heron'rot. Dann sah er ihr in die Augen und fragte ver traulich leise: „Hast du denn geglaubt, daß die selige Maria und die Rätner's Lumifangas das erste gewesen sind, worauf ich me'ne Blicke geheftet habe?“ „Das habe ich freilich...“ (Fortsetzung folgt.)

Die Feststellung der Toten.

Weiteres zum Eisenbahnunglück von Bellinzona.

Die Feststellung der Toten von Bellinzona konnte nach einer neuen Meldung aus Basel nur dadurch erfolgen, daß man neben der Schlingung der unter den Trümmern sich irgendwie vorfindenden Papiere auch noch das große Reisegepäck einer genauen Identifikation unterzog. Auf diese Weise wurde die Identität Dr. Heffersichs und seiner Mutter festgestellt. Ferner wurde unter den Toten noch festgestellt: ein Herr Siegfried Wertzheim aus Charlottenburg, Direktor der Beton-A.G. Zur Beerdigung und Ueberführung der sterblichen Überreste der ums Leben gekommenen Deutschen hat sich eine Bestattungskommission von Bern nach Bellinzona begeben. Im Lauf des gestrigen Vormittags konnten an weiteren Toten identifiziert werden Professor Rheinhold aus Berlin-Charlottenburg, ferner Frau Wilhelmina Gabet aus Altwahlstedt bei Hamburg, ferner Kaufmann Elvigion Pianzi aus Mailand. Wie es heißt, soll die Familie Dr. Heffersichs beabsichtigen, die sterblichen Überreste nach Deutschland überführen zu lassen. Man hofft auch noch die übrigen Toten identifizieren zu können.

Eine Baseler Dame, die sich bei dem Unglück von Bellinzona in dem zweiten nach dem deutschen Wagen folgenden italienischen Wagen befand und sich mit vieler Mühe nach der Katastrophe retten konnte, erzählt über den deutschen Wagen: Als ich gerettet worden bin, sah ich den deutschen Wagen vor dem unfrischen in furchtbarer Glut brennen. Aus unsern Wagen war schon vom Feuer erlöst und in kurzer Zeit angebrannt. Wir waren alle im schwarzen nicht kl. sondern als anderer Mensch. Jemand will im ersten Wagen eine Frau nach Hilfe bitten gesehen haben. Drei deutsche Herren behaupten, daß sie die einzigen seien, die sich aus dem deutschen Wagen retten konnten; wie, wußten sie nicht zu sagen. Man nahm an, daß die sofortige Betäubung nach dem Erscheinen der Verbrennten die Drogen eines entsetzlichen Todes gedämpft habe. Dreiviertel Stunden standen wir hilflos vor den brennenden Trümmern. Viele Passagiere gingen zu Fuß nach dem Bahnhof von Bellinzona, viele Verletzte sah man. Zum größten Teil erlitten sie leichtere Verwundungen, die von dem herunterfallenden Gerüst herrührten. Wir sahen blutüberströmte Gestalten vorüberziehen in der Hölle der Feuerbrunst. Die ersten Feuerwehreinheiten, die zur Rettung herankamen, konnten nicht löschen, da ihnen das Wasser fehlte, und als nachher Wasser zur Stelle war, waren die Wagen schon völlig ausgebrannt.

Eisenbahnunglück bei Dietburg. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich bei Dietburg in der Nähe von Darmstadt. Dazu wird ausführlich folgendes mitgeteilt: Der vormittags um 4 Uhr 38 Min. in Dietburg von Großmümmern entlassene Personenzug überfuhr ein auf Holz stehendes Einbahnstrassenbahn und geriet infolgedessen auf ein totes Gleis. Die Lokomotive fuhr den am Ende stehenden Breitschienenzug um und zwar mit solcher Kraft, daß sie noch eine Wand des dahinterliegenden Empfangsgebäudes eindrückte. Dabei entgleiste die Lokomotive. Zum Glück sind bei dieser Gelegenheit nur 5 Reisende, die im Zuge waren, leicht verletzt worden. Störungen des Betriebes sind nicht eingetreten. Die Untersuchung über die Schuld an dem Unfall ist eingeleitet.

Koloniegründungsfeier.

„Stolz weht die Flagge schwarzweißrot!“

Am 24. April vor vierzig Jahren meldete der Reichskanzler Bismarck dem deutschen Konsul in Kapstadt durch Depesche, daß die Befreiung des deutschen Kaufmanns Lüderich in Afrika unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden sei. Zur Erinnerung an diesen Tag des Beginnes deutscher Kolonialpolitik hat die Kolonial Reichsarbeitsgemeinschaft, die alle kolonialen und kolonialinteressierten Vereinigungen umfaßt, gestern Gedenkfeste in verschiedenen Städten Deutschlands veranstaltet.

Die Feier für Berlin, die in der großen Universitätsaula stattfand, wurde zu einer Kundgebung merkwürdig schwarzweißroter Färbung. Unter den Ehrenvätern waren Vertreter der Regierung, frühere Gouverneure der Kolonien, Beamte der Kolonialverwaltung, auch Adolf Friedrich von Mecklenburg als Ehrenvorsitzender der Deutschen Kolonialgesellschaft. Reden von Marine- und Kolonialkriegsvereinen wurden in feierlichem Zuge herbeigetragen, wobei es an schwarzweißroten Schärpen nicht fehlte. Universitätsrektor Prof. Dr. Roethe bewillkommelte als „Hausvater“ die Festteilnehmer mit einer langen Rede. Deutschland müsse sich ausdehnen können und brauche Kolonien, es dürfe nicht verzichten, sondern müsse an seine Zukunft glauben. Er erwähnte den Kolonialator Herr Peters, den „Deutschland nicht entzogen konnte, daß der (spottete Roethe) Vortrefflichkeit des Parlements“. Die Gedenkrede hielt Dr. Seig, ehemaliger Gouverneur von Südwestafrika, Präsident der Kolonial Reichsarbeitsgemeinschaft. Er schilderte die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien für die Versorgung Deutschlands und die Größe des Verlustes, den das deutsche Volk erlitten hat. Die Kolonialfrage, daß Deutschland nicht zu kolonisieren verstanden und die Eingeborenen barbarisch behandelt habe, müsse mit aller Schärfe juristisch gesehen werden. Das deutsche Volk denke nicht an einen Verzicht auf Kolonien, denn das hieße, vor der Weltgeschichte abdanken. Dann folgte General a. D. Requis mit einer militärisch-schneidigen vorgetragenen Rede, in der er die Taten der Kolonialtruppen feierte und der in den Kolonien gefallenen Kämpfer gedachte. In einem Ausfall gegen die Revolution sagte er über den „Geist der Zwietracht“, der nach Zermürbung des Herres uns den Schmachtriefen von Versailles gebracht habe. Er hatte seine Rede sorgfältig ausgearbeitet, aber schlecht geseht, so daß er steten blieb und erst nach einem hilflosen Blick in das Reich aus dem Uniformrock hervorgeragene Manuskript seine Deklamation fortsetzen konnte. Am Schluß seiner Rede kündigte er an, daß wir noch einmal hinausfahren werden, um uns wiederzuholen, was einst unser war, und wieder werde es erklingen: „Stolz weht die Flagge schwarzweißrot!“ Militärmusik fiel ein mit dem Fagottentied, das viele der Versammelten mitklangen. Es sprachen noch Geheimrat Medlynalrat Prof. Dr. Koch über die Leistungen der deutschen Tropenhygiene und die Geistlichen Prof. Richter und Prof. Freitag über die Kräfte der evangelischen und der katholischen Mission in den Kolonien. Mit dem Deutschlandlied und dem Fahnenabmarsch endete die Feier.

Lebensmüde Jugend.

In den letzten Tagen hat die Zahl der Jugendlichen, die verachten, ihrem Leben gewollt ein Ende zu machen, in erschreckender Weise zugenommen. So wurde der aus der Landeserziehungsanstalt Ludwigs nach Berlin heurückte 16jährige Fritz W. in seiner mit Gas angefüllten Schlafkammer durch seinen Vater bewußtlos aufgefunden. Man versuchte, ihn ins Leben zurückzurufen, doch blieben alle angewandten Mittel ohne Erfolg. Gram über den Tod seiner Mutter soll ihn zu dem letzten Schritt getrieben haben. — Der 14jährige Schüler Alfred A. vergiftete sich nachmittags in der elterlichen Wohnung mit Gas. Hausbewohner, die durch den Gasgeruch aufmerksam geworden waren, alarmierten die Feuerwehr, die den Knaben ins Leben zurückrufen konnte. Er wurde auf Veranlassung eines Arztes nach dem Krankenhaus Am Friedrichshagen transportiert. Der Bedauernswerte ist Epileptiker und hatte einige Tage zuvor seine Mutter durch den Tod verloren. — In der Nacht sprangen der 18jährige Max B. aus Schöneberg und die 16jährige Charlotte Sch. aus Wilmersdorf in den Schlachtensee. Im Wasser kamen aber beide wieder zur Besinnung und riefen jämmerlich um Hilfe. Auf ihr Geschrei eilte der Diener Robert Weinberger herbei und brachte die jungen Leute wieder ans Land. Sie fanden im Krankenhaus Bitterfelder Aufnahme.

Der Stadtkämmerer zum Haushaltplan

Noch kein Anfang eines Aufschwungs, nur erst eine Atempause.

Der Stadthaushaltplan für 1924 wurde den Stadtverordneten gestern vom Kämmerer mit einer Einführungsrede vorgelegt, die Licht und Schatten sehr vorsichtig verteilte. Dieser erste Haushalt nach der schredensvollen Geldentwertungszeit ist erkennen, daß auch für die Wirtschaft der Gemeinde eine Erleichterung und Besserung sich anbahnt. Den Beginn eines neuen Aufschwungs will der Kämmerer es noch nicht nennen, aber er empfindet den durch die Marktstabilisierung geschaffenen Zustand wenigstens als eine Atempause. Den Blick ließ er zurückschweifen über die schwere Zeit, die wir durchlebt haben und an die wir alle mit Grauen denken. Ihm mußte zumute sein wie nach dem Ritt über das tragende Eis des Bodenlees dem Reiter, der glücklich der Gefahr entronnen war. Aber die Zukunft ist auch für die Gemeindeverwaltung noch recht ungewiß und dunkel, und eine schwierige Aufgabe bleibt die Beschaffung der Mittel zur Ausbesserung der Schäden, die unserem Gemeinwesen der Krieg und der Zusammenbruch gebracht hat. Die Rede des Kämmerers wurde von den Stadtverordneten in Ruhe angehört. Erst in der nächsten Sitzung werden sich die Fraktionen äußern. — Die Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten, von den Kommunisten und dem Zentrum unterstützten Antrag zum Fall Ley kam gestern zustande. Nach der Annahme des Antrages dürfte die Angelegenheit nun ihre befriedigende Erledigung finden.

Die gestrige ordentliche Sitzung begann mit einer Ehrung unserer verstorbenen Genossin Martha Demming, deren hohe und bleibende Verdienste um die Jugendfürsorge und Jugendpflege der Vorkrieger Genossin Hay in seinem Nachruf mit Worten höchster Anerkennung hervorhob.

Nach einer Mitteilung des Magistrats ist mit dem Polizeipräsidenten Einverständnis darüber herbeigeführt, daß die einschränkend bestimmten der Belegung von 1831 auf das Anschlag von Wahlplakaten an den Säulen keine Anwendung finden. Ohne jetzt Debatte erzielte die Veranlassung eine städtische Reihe von Magistratsvorlagen durch unentgeltliche Annahme, darunter die Vorlagen über die vorläufige Regelung der Hauswirtschaft für 1924, die Gründung einer Flughafens-Ges. m. b. H., die Organisation der Zentrale Buch. An den Haushaltsausschuß ging die Vorlage, durch welche für Notstandsarbeiten der Tiefbauverwaltung neuerdings rund 5 1/2 Millionen Goldmark angefordert werden.

Zur Schulgeldstaffelung

an den höheren Volksschulen und Mittelschulen stellen die Deutschen einen Antrag, monach die für die Kinder Minderbemittelter vorgesehenen Befreiungen und Ermäßigungen nur für Schüler und Schülerinnen gelten sollen, deren Leistungen genügen. Gen. Dr. Lohmann warf mit Recht den Antragstellern vor, daß sie hier ein aller Billigkeit widersprechendes Ausnahmerecht statuierten wollten; und der Antrag wurde dann auch mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. — Nachdem das Arbeitsgebiet der Deputation für Arbeit und Gewerbe nach Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes im wesentlichen auf das Landarbeitsamt übergegangen ist, hatte der Magistrat schon im vorigen Juni die Auflösung der Deputation vorgeschlagen. Die Veranlassung hatte die Beschließung vorlag. Am 14. Februar d. J. unterbreitete der Magistrat der Veranlassung eine neue auf den Beschluß des Organisationsausschusses beruhende Vorlage, welche die Auflösung der Deputation und die Bildung eines besonderen Organs für das Gewerbe (Magistratskommission für Arbeit und Gewerbe) vorschlag. Der zuständige Ausschuß lehnte indessen am 10. März diese Vorlage ab und schlug vor, den Magistrat zu ersuchen, die Deputation unverzüglich wieder in Tätigkeit treten zu lassen, die Sachung entsprechend ihrem neuen Aufgabengebiet zu ändern und die Deputation mit 17 Stadtverordneten zu besetzen. Unsere Genossen brachten zur Plenarberatung den Antrag ein, zwar der Auflösung zuzustimmen, zugleich aber den Magistrat um eine Vorlage zur Bildung einer neuen

Deputation für Handel und Gewerbe

zu ersuchen. — Der Gegenstand einer weitläufigen Erörterung hervor, in der Pöhl (Dnat.) für den Ausschußbeschuß, Gen. Hlotan mit großem Nachdruck für unseren Antrag eintrat, wobei er gleichzeitig auch energisch die Forderung einer besseren Organisation bei dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht erhob. Gen. Stadtrat Brühl stellte die Zustimmung des Magistrats zu unserem Antrage, sofern er Annahme finde, in Aussicht. Im Sinne von Pöhl ließ sich auch der Demokrat Schubert vernehmen. Mit 96 gegen 72 Stimmen trat die Veranlassung dem Antrag; Heumann bel. wenn sich der Ausschußbeschuß erledigte. Um 8 Uhr brachte der Kämmerer den

Nach ihrer Angabe hat Liebeskummer sie zu dem Schritt veranlaßt. — Die 17jährige Käthe B. sprang aus einem Fenster ihrer im Heule Hochstraße 5 belegenen Wohnung drei Stockwerke tief in den Hof hinab und blieb mit schweren inneren Verletzungen lebensunfähig liegen. Sie fand im Jüdischen Krankenhaus Aufnahme. Sie hatte die Tat aus Furcht vor der Ueberführung in ein Sanatorium begangen. — Morgens fand man etwa 500 Meter nördlich dem Friedhofe Wannsee die Leiche eines jungen Mannes auf. Neben dem Toten lag ein Revolver. Nach vorgefundenen Papieren handelt es sich um den 23 Jahre alten Dekorationsmaler Karl K. aus Charlottenburg. In einem Briefe teilt er mit, daß er sich das Leben zu nehmen beabsichtige, doch fehlt jede Angabe über den Beweggrund. Der Unglückliche hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Schulrundfunk E. V. teilt mit: Seit dem 3. Februar 1924 besteht, zunächst für Berlin, eine Arbeitsgemeinschaft für Schulrundfunk E. V., die als sogenannter Amateur-

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 25. April.

Tageseinteilung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorhören. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 4.30—6 Uhr: Berliner Funkspiele (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag von Apollon: „Die feine Küche im Mai“. 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Ferdinand Jakob Schmidt, Ordentlicher Professor an der Universität Berlin: „Kant“, anlässlich des 200-jährigen Geburtstages des Philosophen. 8.30 Uhr: 1. a) Cäcilie, von Strauß, b) Heimliche Aufforderung, von Strauß (Mary Warm-Moisenberg von der Staatsoper, Berlin). 2. a) Nocturno C-moll, von Chopin, b) Walzer E-moll, von Chopin (die sechzehnjährige Pianistin Lucie Stern). 3. Rezitativ und Arie des Josef aus der Oper: „Josef in Ägypten“, von Mahul (Adolf Henke). 4. Meditation, von Tschalkowsky (Franz Veit, Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters, Violine). 5. Arie aus der Oper: „La Traviata“, von Verdi (Marie Warm-Moisenberg von der Staatsoper, Berlin). 6. Improromptu As-dur, von Chopin (die sechzehnjährige Pianistin Lucie Stern). 7. a) Frühlingstraum, von Schubert, b) Ständchen, von Schubert (Adolf Henke). 8. a) Polonaise, von Wieniawski, b) Oberalt, von Wieniawski (Franz Veit, Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters, Violine). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

Stadthaushaltplan für 1924

ein. In dem Entwurf ist der Steuerbedarf auf 71 570 000 Goldmark angesetzt; zu seiner Deckung sollen 100 Proz. der staatlich veranlagten Grundvermögenssteuer und die Gewerbesteuer mit 300 Proz. des Steuergrundbetrags der Steuer nach dem Ertrag und mit 1000 Proz. des Steuergrundbetrags der Steuer nach der Lohnsumme in Anspruch genommen werden. Der Kämmerer darf zunächst einen Rückblick auf das Vorjahr, speziell auf die verheerenden Wirkungen der rasenden Geldentwertung im Laufe des September und Oktober 1923, wo die Stadtverwaltung alle Mühe hatte nur von einem Tag auf den nächsten zahlungsfähig zu bleiben. Das ganze Defizit von 1922 habe, da es durch die Inflation auf weniger als einen Pfennig heruntergebracht war, auf Abrundungskonto geschrieben werden können. Im November 1923 habe die Stadtkasse nicht einmal genügend Geld gehabt, um die Erwerbslosenunterstützung auszahlen zu können, und die städtischen Werke standen vor dem Ruin. Die Rentenmark war die Erlösung; die Stadtverwaltung atmete auf. — Der neue Etat für 1924 ist auf Goldmarkbasis aufgestellt; er balanciert mit den Nachträgen mit rund 350 Millionen. Für die opferwillige Ausbau, die die Beamtenhelfer während der unseligen Inflationsperiode bei ihrer mühevollen Arbeit bewährt hat, gebührt ihr Dank und Anerkennung. (Beifall.) Der neue Etat hat natürlich eine starke Beschränkung der sachlichen Ausgaben anstreben müssen; damit muß eine entsprechende Einschränkung des Verwaltungsapparates, soweit es sich um ganz oder nahezu unproduktive Arbeit handelt, Hand in Hand gehen. Die Abbaumaßnahmen haben hier die Arbeit erleichtert; alles in allem wird die Verwaltungsarbeit zurzeit mit nur der Hälfte der Arbeitskräfte bewältigt, die vor drei Jahren tätig gewesen sind. (Hört! hört!) Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. — Von den Haushaltskosten entfallen zwei Fünftel auf die Zentrale, drei Fünftel auf die Bezirke. Der Anteil der Zentrale geht relativ zurück; ich halte das für keinen Fehler. Den Bezirksverwaltungen soll fortwährend größere Bewegungsfreiheit und damit größere Wirtschaftsfreiheit vermittelt werden. Ganz folgerichtig verbindet sich damit eine Vereinfachung des Etats überhaupt. Unter den Einnahmen figurieren an der Spitze die Reichsüberweisungen aus der Einkommensteuer. Die Steuerbelastung drückt in gegen die Vorkriegszeit unerhörtem Maße gerade auf das reine Arbeitseinkommen.

An städtischen Steuern

kommen in der Hauptsache nur Grund- und Gewerbesteuer in Betracht. So sehr die Interessenten hier über Ueberlastung geklagt haben, so unzweifelhaft fest steht, daß in Berlin die Belastung niedriger war als in den meisten anderen preussischen Kommunen. Bitter meinte erhalten wir diesmal aus den Ueberflüssen der städtischen Werke, nämlich nur 10—11 Millionen oder ein Sechstel des gesamten Einnahmefußes an Steuern, gegenüber ein Viertel in der Vorkriegszeit. Immerhin müssen wir dankbar sein, daß es gelungen ist, die Werke durch die Befreiungsperiode des Vorjahres unerschert durchzubringen und der Stadt zu erhalten. (Zustimmung.) — Das Extraordinarium hat angefaßt der Tröstlichkeit des Anleihenmarktes nur ganz minimal mit 3 Millionen dotiert werden können. — Die Gesamtverschuldung der Stadt Berlin bleibt in Goldmark umgerechnet, hinter 2 Milliarden zurück, ein so gewaltiger Beitrag, daß er die absolute Notwendigkeit der durch die dritte Steuernotverordnung vorgeschriebene Siftierung der Verzinsung und Tilgung städtischer Anleihen ohne weiteres erhärtet. Dennoch haben wir auf mehreren Gebieten einiges an Fortschritten in Aussicht genommen, so auch u. a. in der Straßensanierung; aber es wird zunächst nur bei schädlichen Anfängen bleiben müssen. — Die Stabilisierung der Währung hat schwere Opfer gefordert, auf allen Seiten.

Wir stehen noch nicht im Anfang der Besserung.

Wir haben nur erst eine Atempause und können nur wünschen, daß die Verhandlungen über die Reparationsfrage zu einem günstigen Ergebnis auch für uns führen mögen. (Beifall.)

Am Anluß hieran stellt der Vorkrieger mit, daß die erste Lesung des Stadthaushaltplans für 1924 in der Woche nach den Wahlen am Dienstag und Donnerstag stattfinden wird. Die wiederholte Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Zentrums betreffend die Zustimmung zum Ausschleiden des kommunalpolitischen Stadtrats Ley aus dem Magistratskollegium ergab mit 103 gegen 57 Stimmen die Annahme; 7 Mitglieder hatten sich der Stimme enthalten.

Da im Vorkriegsauschuß Einverständnis darüber herrschte, daß Anträge in dieser Sitzung nicht verhandelt werden sollten, schloß die gestrige Sitzung schon gegen 7 Uhr. In der nächsten Woche findet keine Sitzung statt.

Die Berliner Bürgermeisterwahl.

Die Unterkommision zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl hat jetzt endlich von den eingegangenen Bewerbungen eine Auswahl von 15 Bewerbern getroffen, die dem 25er-Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung in seiner Sitzung in der nächsten Woche zur inneren Auswahl vorgelegt werden soll. Meistens handelt es sich dabei um Verwaltungsbeamte, die schon in Berlin tätig gewesen sind. U. a. werden vorgeschlagen die Bezirksbürgermeister Augustin, Doffen, Dr. Scholz (Charlottenburg), Sembrißky und Stritte. Die Demokraten schlagen vor Hauptsteuerdirektor Dr. Lange, den früheren Berliner Stadtrat Koehning und den Ministerialrat Ruer. Als Kuriosum ist wohl die Kandidatur des Deutschnationalen und beideten Stadtrats Wege anzusehen. Unter den zur engeren Auswahl stehenden Kandidaten befinden sich auch die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie, der Stadtrat Heinrich Dürberg und der Stadtrat Dr. Herz, Spandau. Der Charlottenburger Stadtrat, Genosse Paul Hirsch, den die Fraktion ebenfalls gebeten hatte, sich zu bewerben, hat auf eine Kandidatur verzichtet. Der Ausgang der Bürgermeisterwahl ist vorläufig noch vollkommen ungewiß. Da inwendige Verhandlungen zwischen den Fraktionen noch nicht stattgefunden haben, was sich bisher abspielte, waren lediglich formelle Präliminarien. Es ist kaum anzunehmen, daß die Wahl im Plenum vor Ende Mai erfolgt.

Au alle Grunwaldbesucher wird die dringende Bitte gerichtet, zur Erhaltung des Waldbestandes das Verbot des Rauchens im Walde zu beachten, sich dem Walde nicht mit unverschämtem Feuer zu nähern oder ihn mit brennender Zigarre oder Zigarette zu betreten. Infolge der in der wärmeren Jahreszeit zunehmenden Trockenheit ist die Brandgefahr im Walde ganz bedeutend erhöht. Absehen von der Streubereit im Jumberehandlungsfalle werden nicht nur oft Leben und Gesundheit von Menschen und Tieren durch Waldbrände gefährdet, es gehen auch dadurch dem Volk ungewante Werte verloren. Im allgemeinen Interesse wird ersucht, den Anweisungen der Aufsichtsbeamten unbedingt Folge zu leisten.

Sonntag, 27. April Flugblattverbreitung in Groß-Berlin von den bekannten Stellen aus!

Die „Handelsgesellschaft“. Der dreimal verkaufte Wald.

Ein junger Mann hatte 40 Hektar Gärten gekauft und wollte sie mit Profit nach dem Ruhrgebiet abgeben. Da machten ihm die Franzosen einen Strich durch die Rechnung, als sie das Ruhrgebiet besetzten und er sich mit seinen Hektaren fest. Der junge Mann aber hatte eine Idee, eine glänzende Idee. Er gründete eine Handelsgesellschaft in Berlin. Bureau mit Klatscheisen, Telefon, Schreibmaschinen und vor allem mit prächtigen Briefbögen, an deren Kopf leuchtend und vertrauens erweckend der Name der Handelsgesellschaft stand. Bankengestellte, Stenographinnen usw. wurden in Sold genommen und alles ließ sich äußerlich wunderbar an — bis eines Tages die böse Kriminalpolizei kam und den Herrn „Chef“ mit seinem Leibhaber, der zufällig sein Bruder war, verhaftete. Die Herren „Chefs“, Eduard und Paul Cellmer, hatten nämlich auf Grund gefälschter Papiere ihre Kunden tüchtig über den Rest barbiert. Der erste ist bereits vielfach verurteilt. Als er 17 Jahre alt war, fällte er seinen Vaterschein, um sich Verheiratete zu finden. Nachdem er eine „Handelsgesellschaft“ gegründet hatte, fertigte er einen Vertrag über den Verkauf eines großen Waldgebietes zum Abholzen aus und ließ ihn durch seinen Bruder Paul Cellmer mit dem Namen Korstod unterschreiben. Diesen Wald, der ihnen nicht gehörte, böden sie Kaufleuten an und beachten ihn nicht weniger als dreimal an den Mann. Die Kaufleuten wurden von Eduard nach Heinrichsdorf in Reddenburg, wo der angebliche Wald liegen sollte, bestellt. Bruder Paul trat hier als „Bauer Korstod“ auf. Um die Rolle des Bauern recht gut zu spielen trat er mit einem großen Schlapphut und Schafstiefeln bekleidet auf, zog aus der Tasche ein großes, buntbedrucktes Schnupstuch und schritt schweren Ganges auf einen dicken Knotenstock gestützt, die Waldfläche ab. Zum Beweise seines echten Bauernappeites holte er sich eine handliche Schwarzbrotstulle mit Landleberwurst hervor und biß herzhaft hinein. Eduard, der als Vermittler rustikal, machte die Käufer durch gefälschte amtliche Bescheinigungen und Vollmachten sicher und erreichte es, daß ihm erhebliche Anzahlungen nach dem heutigen Wert von 20000 Goldmark ausgezahlt wurden. Das Gericht verurteilte Eduard Cellmer zu einem Jahr vier Monaten Zuchthaus, während Paul Cellmer mit Gefängnis in der gleichen Höhe unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft davon kam.

Die Elternbeiratswahlen.

Als Termin für die Elternbeiratswahlen hat das Provinzial-Schul-Kollegium zu Berlin für sämtliche ihm unterstellten Schulen Sonntag, den 22. Juni 1924, bestimmt. Der Termin kann um einen Tag verschoben werden, falls durch den Ausfall von Elternbeiratsmitgliedern am Sonntag eine Beeinträchtigung der Wahlrechtsausübung der Eltern zu befürchten ist. Bis zur Einberufung der neugewählten Elternbeiräte führen die bisherigen die Geschäfte weiter. Es sind jedoch alle Elternbeiräte, auch die erst vor kurzer Zeit als zwei Jahre gewählten, neu zu wählen. Anhalten, denen die Wahl von Elternbeiräten erlassen ist, bleiben von dieser Verfügung unberührt.

Kragt nach dem Ausweid!

Aus Anlaß einiger Vorkommnisse in letzter Zeit warnt der Polizeipräsident die Bevölkerung dringend davor, Fremden ohne weiteres Eintritt in die Wohnung zu gestatten. Er empfiehlt, insbesondere, die mit der Wohnungsübernahme beauftragten Personen, die in der Wohnung irgendwelche Arbeiten, z. B. an der Gas-, Elektrizitäts- oder Wasserleitung vorzunehmen, den Eintritt erst zu gestatten, nachdem sie sich hinreichend ausgewiesen haben. Die in Betracht kommenden Berliner Werke haben ihre Angestellten durchweg mit Ausweisen versehen und angewiesen, diese vor Betreten der Wohnung unangefordert zu zeigen.

Theatervorstellung für die Arbeitslosen. Dienstag, den 29. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Theater am Bülowplatz die letzte diesjährige Theatervorstellung für die Arbeitslosen statt. Die Leitung der Volksschauspiele hat das Theater zur Aufführung von Tolstois „Und das Licht scheint in der Finsternis“ völlig kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Aufführung findet statt in erster Besetzung. Die Karten für die Arbeitslosen werden in den Berliner Ortsbüros der freien Arbeiter- und Angestelltenvereine ausgeteilt.

Die städtische Volkshochschule. Vortragsreihe. 12 bis 14. Georgenstraße 10/11, veranstaltet im Sommersemester folgende Kurse: Französisch, Englisch, Russisch, Spanisch, und zwar als Anfängerkurse, Mittel- und Oberstufe, sowie Kurse für Bekanntschaft mit wöchentlich einmal zwei Stunden, abends 8-10 bzw. 6-8 Uhr. Ferner: kaufmännische Rechnen, kaufmännische Korrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, englisch, doppelte und amerikanische Buchführung, deutsche Rechtschreibung, Grammatik und Stilfragen. Hörgebäude für den zweitägigen Kursus 3. Wm., für den vierstägigen 6. Wm. für das halbe Jahr (also für 40 bzw. 90 Lehrstunden). Wohnenschriften mit Aufschlag. Ausländer das Doppelte, möglich 10 Proz. Ermäßigung. Meldungen ab 22. April in dem betreffenden Kursus abends oder vorher 10-12 Uhr vormittags Georgenstr. 10/11, Erdgeschoss Zimmer 2a. Beginn am 23. April 1924.

Frei-Variété im „May“. Der May (Unterferum-Bundesausstellungsbau) am Zähringer Bahnhofs ist für die Gründung der diesjährigen Saison eröffnet und die Zeitungsarbeiten für die neuen Attraktionen und die Neugestaltung des Parks und der Terrassenanlagen sind in vollem Gange. Mit-Berlin wird wieder erheben und auf dem großen Marktplatz hat eine „Mit-Berliner“ fahrende Variété-Gesellschaft ihre Jule aufgeschlagen, um den Besuchern mit Mit-Berliner Glashaus-Verständigem Humor aufzuwarten. Der Hauptpart wird zwei große Scherzstücke herbeibringen und eine große italienische Zirkelkomödie „Donna Napoli“ wird mit Gesangs-, Tanz- und Solofonzerten debütieren. Ein neuerbauter Frei-Variété mit 1000 Sitzplätzen und unendlichen Tischplätzen wird die neuesten Entwürfe des Variétés bringen. Unter den vielen neuen Volksbelustigungen sind neu hinzugekommen: das Libretto-Graben mit Radio-Chester und die erste Berliner Seelungsmaschine. Die Eröffnung findet am 1. Osterfeiertag als Volkskutschfahrt statt.

Schlagerkatastrophe in einer französischen Grube. In dem Schacht Gerrier der Grube Marcinelle ereignete sich nach einer Explosion in Paris eine schwere Schlagwetterkatastrophe. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. Bisher sind ein

Toter und sechs Verwundete an den Tag gefördert worden. Die Rettungsarbeiten dauern an.

Die Pest in Indien. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Allahabad, daß seit 14 Tagen im Pandschab 22000 Pestfälle verzeichnet worden sind, von denen 17000 tödlich verliefen. Seit dem 1. Januar hat man 70000 Pestfälle verzeichnet, von denen 50000 einen tödlichen Ausgang nahmen.

Oeffentliche Versammlungen

heute, Freitag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr:

- Spandau: Germania-Säle am Strejowplatz.
- Zehlendorf: Lindenpark, Berliner Straße 8.
- Schöneberg: Aula Uhländerschule, Kolonnenstraße 23/24.
- Friedenau: Bürgeraal im Rathaus am Lauterplatz.
- Schmargendorf: Forsthaus, Warnemünder Straße.
- Steglitz: Realschule, Fiorasträße.
- Johannisthal: Zum Einfieler.
- Niederschönhausen: Lokal Schönherr, Lindenstraße 11.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Der Tag der Entscheidung — der 4. Mai“
Referenten sind: Aufhäuser, Priester Franke, Anna Geyer, Franz Künstler, Dr. Löwenstein, Videmann, Dr. Moses, Minna Todenhagen, Zubeil.

Oeffentl. Frauenversammlungen

- Prenzlauer Berg: Ledigenheim, Pappel-Allee 14.
 - Neufölln: Aula der Walter-Rathenau-Schule, Boddinstraße (Vorbildervortrag).
- Referenten sind: Clara Bohm-Schuch, Dr. med. Löwenstein.

Jungwähler-Versammlung

- Freitag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr
- im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147
- Gen. Mag. Westphal spricht über das Thema:

„Die Jugend und die Reichstagswahl“

Oeffentliche Versammlungen

- Sonnabend, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr:
- Tempelhofer Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße.
- Staaken: Lokal Wolf.
- Biesdorf-Süd: bei Dieß, Köpenicker Straße 25.
- Buchholz: Lokal Roffack, Hauptstraße 71.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Bedeutung des 4. Mai für Deutschlands Arbeiterschaft“
Referenten sind: Clara Bohm-Schuch, Reimann, Elfriede Ryned, Ruben.

Oeffentl. Beamtenversammlung

- Sonnabend, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr:
 - 2. Kreis Tiergarten: Schulaula Winterfeldstraße 16.
- Tagesordnung:
-
- „Reichstagswahlen und Beamenschaft“
-
- Referent: Ministerialrat a. D. Albert Falkenberg.

Arbeitersport.

Arbeiter-Angelsport-Vereinigung! Am Sonnabend, den 26. April, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Sporthaus“, Drosselstr. 1 (an der Jannowischstraße).

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 24. April.

- 1. Rennen: 1. Böh (N. Wild), 2. Hauptmann (E. Treuberg), 3. Fiebermelle (K. Schmidt), Toto: 74 : 10. Platz: 20, 17, 13 : 10. Ferner liefen: Ahrens, Dr. Lem jr., Klebeball, Schreewolke, Ute D I.
- 2. Rennen: 1. Lindo (N. Rajal), 2. Peter Harder (H. Grude), 3. Impostation (M. Altmann), Toto: 55 : 10. Platz: 14, 13, 12 : 10. Ferner liefen: Corvus Ne. Kinner, Dohna, Neufstamm, Altmann, Nikolai, Quantität.
- 3. Rennen: 1. Fildonia (E. Treuberg), 2. Edith (B. Schulz), 3. Dr. Dingen (N. Wild), Toto: 182 : 10. Platz: 20, 20, 14 : 10. Ferner liefen: Altmann blau, Baron Agoroth, Ahrens, Falner 3.
- 4. Rennen: 1. Barometer (A. Derloth), 2. Karnaal (E. Gual), 2. Baron Melanah (I. Goldschmidt), Toto: 55 : 10. Platz: 19, 17, 23 : 10. Ferner liefen: Kollonik I, Bella Danzon, Germania B, Handfen.
- 5. Rennen: 1. Florianer (N. Wild), 2. Aberglande (Viehfeld), 3. Kider (N. Rajal), Toto: 13 : 10. Platz: 11, 12 : 10. Ferner lief: Etkin.
- 6. Rennen: 1. Rittschier (N. Wild), 2. Medehoff (H. Belg), 3. Dai Blue (M. Altmann), Toto: 31 : 10. Platz: 14, 16, 15 : 10. Ferner liefen: Leutlehart, Viechsprug I, Solet, Paul S.
- 7. Rennen: 1. Leo Galt (Weinert), 2. Olaf S. (E. Oester), 3. Eadice Arnotth (H. Belg), Toto: 29 : 10. Platz: 15, 29 : 10. Ferner liefen: Jels, Miel Hagels.
- 8. Rennen: 1. Vring Abbel (E. Oester), 2. Baron Joo (N. Wild), 3. Mik Gregor (E. Treuberg), Toto: 29 : 10. Platz: 16, 17 : 10. Ferner liefen: Bredheit, Fontezina.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kaffierer! Von den Parteibeziehungen ist gegenmütig wieder ein Posten Roboter zum Preise von 1 Mark pro Stück in unserem Bureau gegen sofortige Bezahlung erhältlich. — Die Kaffierer werden gebeten, die Bestellungen in den Abteilungen zu sammeln.
J. A.: Herz Pagels.

Die Ordner der Sozialistischen Reichsbünde treffen sich am Sonntag, den 27. April, früh 8 Uhr, an der bekannten Stelle.

- 1. Kreis Tiersgarten. Die Ordner (Abteilungsglieder) werden gebeten, sich am Sonntag, den 27. April, 8 Uhr, im Lokal Ledigenheim, Pappelallee, zu einer wichtigen Besprechung einzufinden.
- 2. Kreis Tiersgarten. Sonnabend, den 26. April, 7 1/2 Uhr, öffentliche Parteimassenzusammenkunft, Redner: siehe Seite 2.
- 3. Kreis Tiersgarten. Sonnabend, den 26. April, 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Parteivorstandes an bekannter Stelle. Die Ordner der Ordner sind mitzubringen.
- 4. Kreis Tiersgarten. Mitglieder-Versammlung der Reichsbünde! Sonnabend, den 26. April, 7 1/2 Uhr, öffentlich, Ledigenheim bei Wilmersdorf, Georgenstr. 2. — Besprechung und Wahl der Delegierten zum Reichstagswahl-Konferenz der 4. Sozialistischen Reichsbünde und zur Wahl der Delegierten zum Reichstagswahl-Konferenz der 4. Sozialistischen Reichsbünde. — Besprechung der Reichstagswahl-Konferenz der 4. Sozialistischen Reichsbünde. — Besprechung des Reichstagswahl-Konferenz der 4. Sozialistischen Reichsbünde. — Besprechung des Reichstagswahl-Konferenz der 4. Sozialistischen Reichsbünde. — Besprechung des Reichstagswahl-Konferenz der 4. Sozialistischen Reichsbünde.
- 5. Kreis Tiersgarten. Achtung, Abteilungsglieder! Besprechung mit Reichsbündlermaterial (Vorträge) im Sekretariat, Drosselstr. 1, abholen.

Heute, Freitag, den 25. April:

- 1. Abt. 7 Uhr bei Kider, Streifenstraße, 10a, außerordentliche Parteibeziehungs-Sitzung. Dazu sind ordnen der Wahlaustritt und die Vertreter der Jugend.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kider, Streifenstraße, 10a, Sitzung öffentlicher Parteibeziehungs und Wahlleiter.
- 3. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr wichtige Parteibeziehungs der Jugend.
- 4. Abt. Tiersgarten. Die heutige Parteibeziehungs im Ledigenheim (Weil.) Minna Todenhagen und Franz Künstler) findet nicht, wie durch ein Versehen der Druckerei auf manchen Handzetteln zu lesen ist, am 26. April, sondern um 7 1/2 Uhr statt. Auch ist es keine reine Parteibeziehungs, sondern alle Männer und Frauen willkommen.
- 5. Abt. Tiersgarten. Sämtliche Gruppen beteiligen sich an der Jugendbeziehungssitzung am Freitag im „Reichenberger Hof“, Georgenstr. 147.

Morgen, Sonnabend, den 26. April:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr Parteibeziehungs bei Schmidt, Wilsdruffer Str. 17.
- 2. Abt. Die Parteibeziehungs bei der Jugendbeziehung am 26. April um 8 Uhr, Treffpunkt ab.
- 3. Abt. 7 1/2 Uhr außerordentliche Parteibeziehungs in der Friedrichs-Straße, Sonnabend, früh 7 1/2 Uhr, öffentliche Parteibeziehungs. — Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs.
- 4. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kider, Streifenstraße, 10a, Sitzung der Parteibeziehungs.
- 5. Abt. Charlottenburg. 8 Uhr Parteibeziehungs im Lokal Schlotz, Georgenstr. 1.
- 6. Abt. Tiersgarten. Die Parteibeziehungs und Wahlleiter versammeln sich am Sonntag, den 27. April, bei H. A. Martin-Luther-Str. 18, zur Besprechung der Parteibeziehungs und Wahlleiter. — 7. Abt. Parteibeziehungs 7 Uhr treffen sich alle Parteibeziehungs in einer wichtigen Parteibeziehungs bei H. A. Martin-Luther-Str. 18.
- 8. Abt. Tiersgarten. 7 1/2 Uhr in der Reichsbünde, öffentliche Parteibeziehungs.
- 9. Abt. Tiersgarten. 7 1/2 Uhr Parteibeziehungs in den Parteibeziehungs, Friedrichs-Straße. Wichtige Parteibeziehungs.
- 10. Abt. Tiersgarten. 8 Uhr wichtige Parteibeziehungs bei Kider, Charlottenburg, 34.
- 11. Abt. Tiersgarten. 7 1/2 Uhr Parteibeziehungs, Nummer 26. Der Parteibeziehungs beteiligen sich an der Parteibeziehungs Versammlung in Tempelhofer.
- 12. Abt. Tiersgarten. 7 1/2 Uhr bei Kider, Streifenstraße, 10a, Parteibeziehungsversammlung. Die Parteibeziehungs haben besonders hierzu ein wichtige Tagesordnung.
- 13. Abt. Tiersgarten. 8 Uhr Parteibeziehungs in der Parteibeziehungs, Restaurant Steinböden.
- 14. Abt. Tiersgarten. 7 Uhr bei Kider, Streifenstraße, 10a, Besprechung der Parteibeziehungs.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. Abt. Genoffe Gusto Waga, am Reichstagswahltag, in Berlin verstorben. Beerdigung Freitag nachmittags 3 Uhr Westfälischhof am Röntgenort.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsglieder! Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß alle Parteibeziehungsleiter es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, daß sie bei kommenden Sonntag und Sonntag die nächsten Parteibeziehungs in der Parteibeziehungs teilnehmen. Die Parteibeziehungs sind die Parteibeziehungs. — Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs. — Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs. — Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs, Besprechung der Parteibeziehungs.

Heute, Freitag, den 25. April, abds. 7 1/2 Uhr:

Achtung, Jungwähler und -wählerinnen! Heute abds. 7 1/2 Uhr, im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147, Jungwähler-Versammlung mit dem Thema: „Die Jugend und die Reichstagswahl“. Ref.: Genoffe Mag. Westphal.

- 1. Kreis Tiersgarten. Jugendbeziehung, Charisstr. 18, Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 2. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 3. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 4. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 5. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 6. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 7. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 8. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 9. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs. — 10. Kreis Tiersgarten. Vortrag: Der 4. Mai als Parteibeziehungs.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Berliner Arbeiterklub, Bezirk Tiergarten. Freitag, den 25. April, außerordentliche Parteibeziehungsversammlung, Schulaula, Colonnadenstr. 10, abends 7 1/2 Uhr. Besprechungsgegenstand: Die Parteibeziehungs der Parteibeziehungs.

MAGGI Würze in großen Originalflaschen Nr. 6
besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die Garantie der Echtheit.
Achtung auf unverschörtem Plombenverschluss.

Wirtschaft

Die wirtschaftlichste Verwendung der Mietsteuer.

Die gemeinlich-gemeinnützige Reichswohnungs-fürsorgegesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter hat an die Regierungen der Länder eine Eingabe über die Verwendung der gemäß der 3. Steuernotverordnung zu erschließenden Mittel für den Wohnungsbau gerichtet, der mir folgende wichtigen Forderungen entnehmen:

Für die überwiegend aus den Kreisen der Beamten, Angestellten und Arbeiter aufzubringenden Mittel für den Wohnungsbau gerechte Grundzüge der Verwendung aufzustellen, ist zurzeit eine der wichtigsten Aufgaben der Landesregierungen sowie der Kreise, Städte und Gemeinden.

Da die Mietsteuer von dem größten Teil des deutschen Volkes aus dem Lohn- und Gehaltseinkommen nicht getragen werden kann, sondern durch Erhöhung der Miete und Gehälter aufgebracht werden muß, die ihrerseits wieder die Produktionskosten erhöhen, so entsteht die große Gefahr, daß unsere Währung wieder ins Vakuum gerät, wenn das öffentliche Wohnungsbaukapital nicht dazu beiträgt, die Produktion zu steigern und den Konsum einzuschränken.

Das Wohnungsbaukapital in den Dienst der Produktionssteigerung zu stellen, ist nur dadurch möglich, daß

a) der Rohmaterialien schaffende Siedlungsbau mit intensiver Gartenwirtschaft gefördert und der sterile Mietkasernen- oder Hochhausbau behindert wird,
b) die halb ländlichen Zonen der Großstädte und die Mittel- und Kleinstädte mit Baukapital besonders gepflegt werden,

c) das Baukapital den vorstädtischen und ländlichen Siedlern in erster Linie zugeführt wird,
d) der Wohnungsbau in Verbindung gebracht wird mit der Erschließung neuer Produktionszweige der Industrie und der Landwirtschaft.

Die Einschränkung des Konsums ist dadurch anzustreben, daß

a) das kleinste Wohnbedürfnis der verschiedenen Volksschichten vor allen anderen Bauprojekten gefördert wird,
b) das Bedürfnis der dringlich Wohnungslösen nach Heim und Herd gekoppelt wird mit der stärksten Anregung zum Einsparen von Baukapital, weil der Spartarif neues zusätzliches Baukapital schafft und den Luxus- und Vergnügungskonsum einschränkt.

Das Baukapital darf nicht individuell verzettelt werden. Es muß zusammengefaßt werden für einheitlich durchführbare größere Bauobjekte und Kolonien, die von Baugenossenschaften und Siedlungsgesellschaften zu errichten sind.

Der Typenbau ist nicht nur aus Gründen der Baukostenersparnis und der leichteren Kontrollierbarkeit besonders zu bevorzugen, sondern auch deshalb zu fördern, damit sich die baustoff-erzeugende Industrie zur Linderung der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel dauernder und steter Beschäftigung in größerem Stile auf die Vorratsproduktion einstellen kann.

Die behördlich vorselektierten Pläne der Genehmigung von Bauanträgen und Bauplänen sind, sofern diese Pläne von geschulten Architekten, Städtebauern oder Wohnungsfürsorgegesellschaften ausgearbeitet wurden, abzugeben. Reineswegs darf der Beginn und der Fortschritt des Baues durch das behördliche Genehmigungsverfahren aufgehalten oder verzögert werden.

Die behördlichen Ansprüche an die Ausführung des Bauandes und an die Konstruktion und Inflation der Wohnungsbauten sind auf ein Maß herabzusetzen, das der Verzerrung des deutschen Volkes entspricht.

Der rationellste und billigste Bau von Kleinwohnungen ist durch Auslösung besonderer Privilegien an die Bauleitung und an die Bauausführung zu fördern. Die freie Konkurrenz der bauausführenden Betriebe ist höherzustellen und den Ausschüssen in der Preisfindung der Baubetriebe, der Baustoffhändler und Baustoff-erzeugers durch Einschaltung der sozialen Baubetriebe entgegenzuwirken.

Eben die volkswirtschaftlich richtige Verwendung des Baukapitals verlangt, daß für diejenigen Volksschichten, die am wenigsten zu sparen, zu entscheiden und Teile ihrer Arbeitskraft für die Erweiterung des Nahrungsraumes zu verwenden, Baukapital in der Form gering verzinslicher Hypotheken in erster Linie zur Verfügung gestellt wird.

Die bisherige Verteilung des alten und neuen Wohnraumes hat die überwiegende Zahl der dringlich vorgemerkten Wohnungsgesuchenden zur Einnahme einer Wohnung nicht nähergebracht, weil Wohnungsgeld, Wohnungsgeld und Untervermietung nur in den kleinsten Fällen ein Vorrücken der Dringlichkeit zuliess. Die dringlich Wohnungsgesuchenden sind bei der kommenden Neubaulätigkeit darum in erster Linie zu berücksichtigen, und zwar dadurch, daß sie zu Baugenossenschaften zusammengefaßt und unter Berücksichtigung bestehender Baugenossenschaften zugeführt werden, denen Baukapital zum verstärkten Wohnungsbau überwiesen wird.

Das Baukapital muß den Baugenossenschaften vor allen privaten Bauherren deshalb bevorzugt zugewandt werden, weil die Baugenossenschaften den stärksten Einfluß nehmen können auf die Einsparung von Baukapital bei den minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Die Einsparung von Kapital bei diesen Volksschichten hat einen weit größeren volkswirtschaftlichen Wert als bei den begüterten Volksschichten, bei denen die Einschränkung des Konsums volkswirtschaftlich nicht ins Gewicht fällt.

Die Eingabe begründet das Ansehend die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, die minderbemittelten Kreise bei der Wohnungsbeschaffung durch Neubautätigkeit heranzuziehen und zu berücksichtigen. 75 Proz. der bereitgestellten Baumittel sollen für Dreizimmerwohnungen (70 Quadratmeter Wohnfläche), 20 Proz. für Vierzimmerwohnungen bis zu 100 Quadratmeter Wohnfläche und der Rest für größere, nicht über 120 Quadratmeter umfassende Wohnungen verwendet werden. Die Mittel sollen als Goldhypotheken gewährt und derart verzinst werden, daß dadurch die durchschnittlichen Ortsmieten um keinesfalls mehr als 10 Proz. überschritten

werden. 75 Proz. der aufzukommenden Mittel sind ausschließlich gemeinnützig tätigen Bau- und Siedlungsgesellschaften zur Verfügung zu stellen.

Die Vorschläge verdienen die ernsteste Beachtung der zuständigen Stellen, wenn das Ziel der möglichst wirtschaftlichen Beschaffung von Wohnraum, insbesondere für Minderbemittelte, erreicht werden soll.

Aus dem Siemens-Konzern.

Der Siemens-Konzern veröffentlicht jetzt die Geschäftsberichte und Bilanzen für das am 30. September vorigen Jahres abgelaufene Geschäftsjahr. Die Bilanzen sind in Papiermarkt aufgestellt und daher nichtsagend. Die gewaltigen Produktionsmittel, Grundstücke, Beteiligungen, sowie die Lagerbestände stehen mit Zahlen zu Buch, die deren Wert auch nicht annähernd erkennen lassen. Auch die von uns bereits mitgeteilten Gewinnergebnisse von 95 Billionen Papiermarkt bei Siemens u. Halste und rund 81 Billionen Papiermarkt bei Siemens-Schudert stellen Werte dar, die unter dem Gesichtswinkel der Billionenmark (gleich Goldmark) nichts von tatsächlichen Gewinnergebnis der Öffentlichkeit preisgeben. Von der Art der Anlage, durch die der feinerzeit zu einem besseren Kursstand erzielte Ueberschuß gegen Entwertung gesichert wurde, hängt es ab, ob wesentlich mehr als 95 Goldmark vorhanden sind, nicht von dem Gewinnergebnis an sich. Sicher ist, daß dieses ganz bedeutend größer war, als es nach diesen Zahlen den Anschein hat. Sonst hätte man nicht vor Ermittlung des Reingewinnes, dessen geringe Höhe nicht einmal eine Dividende angebracht erschienen ließ, dem Aufsichtsrat vorab 100 000 Goldmark zur Verfügung gestellt. Man hat also schon ganz unabhängig verdient, aber mit Hilfe der Geldentwertung die Gewinne aus der Bilanz verschwinden lassen. Auch über die Liquidität der Konzernunternehmungen geben die Bilanzzahlen keinen Aufschluß. Ein erheblicher Teil der als „Mark“ ausgewiesenen Dreifachbestände u. w. dürfte bereits zur Zeit der Bilanz einen wesentlichen höheren Papiermarktwert gehabt haben, als man aus der Bilanz erkennen kann. In dem Geschäftsbericht der Siemens-Halste u. S. heißt es u. a.:

„Das vergangene Jahr brachte dem deutschen Wirtschaftsleben eine bedeutende Wendung. Der falsche Grundsatz „Markt ist Markt“, dessen gewaltsam aufrechterhaltene Anwendung Jahre hindurch die Kräfte vermirrte, insbesondere die Staatswirtschaft fortwährend zu verkehrten Schlussfolgerungen und unzweckmäßigen Maßnahmen führte, brach an seinen eigenen überfüllten Folgen zusammen. Die Notwendigkeit, auch in wirtschaftlichen Dingen mit einem zeitlich unveränderlichen Maßstabe zu messen, ist wieder allgemein anerkannt, und das Denken und Rechnen in Gold wieder Gemeingut geworden.“

Diese Feststellung hält die Gesellschaft nicht ab, ihre Bilanz in Papiermarkt vorzulegen. Wesentlich ist das folgende Zugeständnis:

„Wir erkennen jetzt, wie durch die ungeheure Inflation, die ungedeckte aller Steuern, das deutsche Volk um erhebliche Teile seines Vermögens gebracht worden ist.“

Diesen Standpunkt hätte man geltend machen sollen gegenüber der obersten, in Stimmes verkörpertem Leitung des Siemens-Konzerns, die für die Bekämpfung der Inflation nichts übrig hatte.

Die Wandlung war für das wirtschaftliche Leben schwierig und schmerzlich. Die sich ins Rasende steigende Geschwindigkeit der Geldentwertung verurteilte bei jedem Verkauf schwere Verluste, und die Verluste aber am Werdengang der Ware bis zum Konsum Beteiligten, diese Verluste durch Preisstellung auszugleichen. Ließen die gegenüber den Weltmarktwerten zurückgebliebenen Inflationsspreise wert über sie hinauszuwachen. Das Bestreben, die unermesslich häufig eintrudenden Schädigungen zu vermindern, beherrschte schließlich die Gedanken jedes einzelnen. Die Arbeitnehmer konnten selbst bei ganz kurzfristigen

Zusatzungen nicht den erwarteten Nutzen aus ihren Löhnen und Gehältern ziehen. Die Verhandlungen über deren Anpassung an den Geldwert nahmen daher kein Ende und verliefen nicht ohne gelegentliche Störungen.“

Zu schärfstem Widerspruch fordern die Bemerkungen des Siemens-Berichtes über die Frage der Arbeitsleistung heraus:

„Mit zunehmender Klarheit wird die Notwendigkeit erkannt, zu vermehrter Arbeitsleistung zurückzuföhren und die Hemmnisse der Industrie durch Besetzung und Verordnungen zu vermindern. Doch finden diese Bestrebungen bisher noch Widerstand bei den Führern der Arbeitnehmer und nicht ausreichende Unterstützung beim Staate. Um unter den gegebenen Verhältnissen in Deutschland die durchschnittliche Lebenshaltung allmählich wieder zu heben, ist außer der Höchstleistung jedes einzelnen notwendig, zahlreiche heute unproduktiv beschäftigte Arbeitskräfte produktiver Tätigkeit zuzuföhren. Diese Aufgabe kann die Industrie an ihrem Teile nur erfüllen, wenn sie, in ihrer Tatkraft nicht gehemmt, gesund und ausreichend nutzbringend wirtschaften kann, um die zur Aufrechterhaltung ihrer technischen Vollkommenheit und zur Anpassung an die Abgabemöglichkeiten erforderlichen Mittel beschaffen zu können.“

Es ist nicht wahr, daß die Führer der Arbeiterschaft sich jemals einer Steigerung der Arbeitsleistung widersetzt hätten. Beträmpelt haben sie mit Recht die schematische Verlängerung der Arbeitszeit den Abbau des Achtstundentages und des sozialen Schutzes. Die Leistung hängt aber nicht allein, ja nicht einmal überwiegend von der Arbeitszeit ab. Warum kiffet ein Ford in kurzer Arbeitszeit in seinen Werken mehr als diese famose Sorte von Unternehmern, die nur mit niedrigen Löhnen und langem Arbeitslosgelassenkommen zu können vorgeben und dann noch besondere Freiheit für ihre irreführenden „Tatkraft“ fordern. Die Arbeiterschaft hat immer betont, daß zur Durchführung des Achtstundentages eine vollkommene Organisation der Betriebe erforderlich sei, und die Praxis hat ergeben, daß die Leistung auch innerhalb des Achtstundentages über den Vorkriegsstand hinaus gesteigert werden konnte, wo eine derartige Reorganisation der Betriebe vorgenommen wurde. Das sind Tatsachen, die nicht abgestritten werden können. Wenn also jetzt behauptet wird, daß die Arbeiterschaft einer Steigerung der Arbeitsleistung, die bei den Hungerlöhnen der Inflationszeit nicht denkbar war, Widerstand entgegensetze, so ist das eine Irreführung.

Die Berichte gehen dann auf die geschäftliche Entwicklung der einzelnen Betriebe ein. Betont wird u. a. der starke Absatz automatischer Fernsprecheinrichtungen und die Herstellung und Verwooltemmung von Fernröhren. Die Osram G. m. b. H., an der Siemens beteiligt ist, konnte den Auslandsabsatz steigern. Der Bericht von Siemens-Schudert weist auf die Export-schwierigkeiten hin, die überwunden werden mußten. Besonders war dieses Unternehmen mit Aufträgen für die Elektrifizierung von Bahnen in Bayern, Schlessien und Mitteldeutschland in Anspruch genommen.

Reichsbank und Stabilität der Rentenmark.

Im Finanzpolitischen Ausschusse des Reichswirtschaftsrats lehtin gefallene Äußerungen, daß die Rentenmark nur noch 60 Pf. wert sei, haben zu den verschiedensten Bemerkungen und Deutungen in der Presse geführt und weite Kreise mit Unruhe und Sorge über einen neuen Währungsverfall erfüllt. Um über diese vielfach aus dem Zusammenhange gerissene Bemerkung Klarheit zu schaffen und ihre völlige Bedeutungslosigkeit darzulegen, hat der Reichsbankpräsident Dr. Schaack unter dem 23. April an den Vorsitzenden der Verwaltungsrats der Deutschen Rentenbank, Staatsminister Dr. Rentsch, ein Schreiben gerichtet, das in seinem wesentlichen Teil lautet:

„Am 10. April war in einer gemeinsamen Beratung des Finanz- und Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates von einem Mitgliede dieser Körperschaft die Werbung getan worden, daß die Rentenmark nur 60 Pf. wert sei. Um einer Mißdeutung dieser Bemerkung entgegenzutreten, habe ich Gelegenheit genommen, bei der Fortsetzung der Ausschussbesprechung am 11. d. M. auszuführen, daß in der ganzen Welt der Wert des Geldes, gemessen am Preisniveau der hauptsächlichsten Waren, gegenüber dem Friedensstand im Durchschnitt um etwa 40 Proz. gesunken sei. Bedauerlicherweise sind auch diese Ausführungen in bewußter oder unbewußter Verkennung ihrer tatsächlichen Bedeutung benutzt worden, um die Sache so hinzustellen, als habe ich damit eine Unterwertigkeit der Rentenmark gegenüber der Goldmark festgestellt wollen. Davon kann selbstverständlich nicht die Rede sein, wie jedem einsichtigen Hörer meiner Worte ohne weiteres klar sein mußte. In jener Sitzung handelte es sich um die einfache Feststellung der allgemeinen Erhöhung des Preisstandes, die der größte Teil aller Waren gegenüber der Vorkriegszeit auf dem Weltmarkte erfahren hat, und die sich naturgemäß in einer geringeren Kaufkraft des Geldes und damit auch der auf Gold lautenden Währungseinheiten ausdrückt.“

Da die Rentenmark grundsätzlich einer Goldmark gleichgestellt ist, nimmt sie selbstverständlich an diesem Vorgang, dem auch die hochwertigsten Zahlungsmittel, wie der nordamerikanische Dollar und die schwedische Krone unterworfen sind, teil. Gegenüber den bereits mehrfach hervorgerufenen Vorwürfen gewissenloser Geschäftsleute, diese Tatsache zu einer Diskreditierung speziell der Rentenmark zu benützen sowie zur Richtigmstellung aller abweichenden publizistischen Darstellungen, erkläre ich ausdrücklich unter Hinweis auf meine Dresdener Rede, daß die Rentenmark nach wie vor als ein vollwertiges inländisches Zahlungsmittel anzusehen ist und die Reichsbank, wie die neuerdings von ihr getroffenen kreditpolitischen Maßnahmen und deren Wirkungen auf die Devisenkurse beweisen, nicht nur den ersten Willen hat die Stabilisierung der Rentenmark sowohl wie die der Papiermark unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, sondern auch über wirksame Mittel verfügt, diese Absicht durchzuführen.“

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.	
Gerstengraupen, lose ..	16,70 - 17,25
Gerstenaerz, lose ..	16,70 - 17,00
Hafelflocken, lose ..	15,75 - 16,00
Hafelerz, lose ..	16,90 - 16,50
Roggenmehl 1. Art ..	12,75 - 14,0
Weizenmehl ..	15,00 - 19,00
Hafer ..	22,00 - 25,50
7/8 Weizenmehl ..	14,50 - 16,00
Weizen Auszugmehl ..	17,00 - 1,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	19,00 - 22,75
Speiseerbsen, kleine ..	14,00 - 17,00
Bohnen, weiße, 1. Art ..	22,25 - 24,50
Langbohnen handverles. ..	3,00 - 32,5
Linien, kleine ..	26,00 - 35,00
Linien, mittel ..	35,00 - 42,00
Linien, groß ..	43,00 - 49,50
Kartoffeln mehli ..	17,00 - 19,50
Makkaroni ..	40,00 - 46,00
Makkaronimehl ..	36,00 - 37,50
Schnittmehl, lose ..	20,00 - 24,00
Bruchreis ..	18,25 - 17,50
Rundreis ..	17,00 - 11,50
Talereis, glasiert, Patna ..	25,00 - 31,00
Talereis, Java ..	31,00 - 36,00
Rinzapfel, amerik. ..	195,00 - 100,00
Geir. Pflaumen 90/100 ..	45,00 - 48,00
Pflaumen, entsteint ..	55,00 - 60,00
Cal. Pflaumen 40/5 ..	75,00 - 80,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	70,00 - 90,00
Sultaninen Carab. rnu ..	75,00 - 100,00
Korinthen, choice ..	77,00 - 85,00
Mandeln, süße Bari ..	115,00 - 115,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00 - 150,00
Zimt (Cassia) ..	110,00 - 120,00
Ummel, inländischer ..	145,00 - 150,00
Schwarze Pfeffer singap. ..	105,00 - 115,00
Weißer Pfeffer ..	135,00 - 145,00
Rohkaffee Brasil ..	190,00 - 220,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	230,00 - 290,00
Röstkaffee Brasil ..	240,00 - 290,00
Röstkaffee Zentralam. ..	305,00 - 290,00
Mulz- und gepackte ..	23,00 - 25,00
Röstgetreide, lose ..	16,50 - 17,00
Kakao fettarm ..	100,00 - 125,00
Kakao, leicht entölt ..	131,00 - 155,00
Tea, Souchon, gepackt ..	350,00 - 420,00
Tea, indischer, gepackt ..	425,00 - 500,00
Inlandszucker basis mel. ..	40,00 - 42,00
Inlandszucker Raffinade ..	42,50 - 44,50
Zucker Würfel ..	46,00 - 48,00
Kunststoffe ..	34,00 - 40,00
Zuchserstrap hell in Elm ..	41,50 - 47,00
Speisestrah dunkl in Elm ..	35,00 - 36,00
Marmelade, Eintr., Erdb. ..	106,00 - 120,00
Marmelade Vierfrucht ..	40,00 - 45,00
Pflaumenmus in Eimern ..	45,00 - 48,00
Steinsalz, lose ..	3,20 - 3,50
Siedesalz, lose ..	4,00 - 4,00
Bratenschmalz in Tierces ..	68,00 -
Bratenschmalz in Kübeln ..	67,00 - 69,50
Purelard in Tierces ..	67,50
Purelard in Kisten ..	67,50 - 69,00
Speisetalg in Packung ..	46,00 - 50,00
Speisetalg in Kübeln ..	46,00 - 48,00
Margarine, Handelsm. I ..	52,00 -
desgl. II ..	52,00 - 55,00
Margarine, Spezialm. I ..	76,00 -
desgl. II ..	61,00 - 65,00
Molkereibutter, I, Fässern ..	262,00 - 205,00
Molkereibutter in Pack. ..	248,00 - 210,00
Landbutter ..	165,00 - 170,00
Auslandbutter in Fässern ..	270,00 - 205,00
Auslandbutter in Pack. ..	294,00 - 210,00
Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	35,00 - 36,00
Speck, gesalzen, fest ..	62,00 - 67,00
Quadratkase ..	25,00 - 35,00
Quarkkäse, vollfett ..	55,00 - 58,00
Illster Käse, vollfett ..	120,00 - 127,50
Auslandzucker, Condens. ..	
milch 48/16 ..	22,50 - 25,00
inländische desgl. 45/12 ..	18,00 - 19,10
Int. ger. Condensm. 40/14 ..	28,00 - 29,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

HALPAUS-RARITÄT Die Qualitäts-Cigaretten

Eisene Kochherde
für Kohle u. Gas
Transportable Kachelöfen - Eisene Öfen
R. Zechlin
Berlin C.25, Alexanderpl. 49

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O.112, Rigaer Str. 71/73a
Bahnhofstr. Frankfurter Allee
Telephon: Amt Alexander der Nr. 4161

Haare wachsen schon wieder. **Reichel's** Haarwasser. **Dezimalwagen** mit dem wir uns im Alltag bewegen. **Georg Wagner** **Spezialherde** **Alexanderpl. 49**

Günst. Angebot in kompl. Wohnungseinrichtungen:
1 kompl. eich. Schlafzimmer } 600.-
1 Anrichteküche } 1100.-
1 kompl. Schlafzimmer, 1 kompl. Speisezimmer } 1300.-
1 Herrenzimmer und 1 Anrichteküche }

Garderobe zum Osterfest
Teilzahlung
zu denkbargünstigen Bedingungen
bei kleiner An- und Abzahlung:
Herren-Anzüge, Paletots, Knaben- u. Burschen-Anzüge
Ersatz für Maßarbeit!
Trotz der niedrigen Preise gelangen nur Prima-Qualitäten zum Verkauf!
Cohn, Gr. Frankfurter Str. 58 (6 Minuten vom Alexanderplatz)

Ludendorff und die Juden.

Von Artur Crispian.

Während des Ringens der kapitalistischen Großmächte um die Beherrschung der Erde, vollzieht sich von Land zu Land eine immer radikalere Demokratisierung des politischen Lebens. Die Bemühungen in Sowjet-Rußland, in Ungarn, in Italien, in Spanien und in noch einigen anderen Ländern, die demokratische Entwicklung durch das Mittel der Militärdiktatur totzuschlagen, müssen letzten Endes zu einem Kampf gegen Windmühlensklagen werden.

Demokratisierung des politischen Lebens. Das bedeutet wachsenden Einfluß der arbeitenden Massen auf die Innen- und Außenpolitik in den einzelnen Staaten, bis zum Mitbestimmungsrecht von entscheidender Bedeutung. So vor allem in Deutschland, in Österreich und in England. Das Klassenbewußte Proletariat ist auf politischem Gebiet schon wiederholt sehr weit vorgestoßen. In England gegenwärtig gar bis zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung. Mögen diese proletarischen Vorstöße einseitigen noch von kapitalistischen Abwehr- und Angriffssaktionen abgelöst werden, mögen sie ferner nicht regelmäßig zu vollen und unbestrittenen Erfolgen geführt haben, so waren sie trotzdem nützlich. Niemand kann bestreiten, daß besonders der Vorstoß unserer englischen Genossen dem Proletariat nicht zuletzt auch einen bedeutenden Zuwachs an Ansehen und Machtbewußtsein einbringt. Zwei Dinge von hohem Wert. Diese proletarischen Vorstöße gehören zu den Vorgefächten um die Macht im Staat.

Dem Großkapital — Schwerindustrie, Großgrundbesitz, Hochfinanz — ist die Demokratie mit allen ihren Auswirkungen eine schwere Behinderung in seinem imperialistischen Totendrang. Das Großkapital hat erkannt, daß es früher oder später vor der Demokratie resistlos kapitulieren muß, wenn sie nicht zeitweilig unschädlich gemacht werden kann. Nur über die Leiche des Proletariats könnte die kapitalistische Reaktion zur Vernichtung der Demokratie schreiten. Die Niederwerfung des Proletariats ist für das Großkapital also die Aufgabe des Tages. Die Niederwerfung des Proletariats um jeden Preis und mit allen Mitteln: durch Verwirrung und Verhöhnung der Geister, durch Mord und Totschlag, durch Butsche und Terror.

Ein beliebtes Mittel zur Verwirrung und Verhöhnung der Geister ist der Antisemitismus. Der Antisemitismus hat aufgehört eine selbständige Bewegung mit einem eigenen Programm zu sein. Die Judenbeise ist eine Waffe der kapitalistischen Reaktion, die besonders eifrig von den Böllischen angewendet wird.

Die Böllischen bilden die Stoßtruppe der Reaktion und den Schützenleiter, hinter dem sich der Aufmarsch des Großkapitals vollzieht. Daß die Böllischen aus allen möglichen Elementen bestehen, man zählt jetzt schon 73 legale rechtsradikale Verbände, macht sie nur geeigneter für die Zwecke der machthungrigen Reaktionäre. Für sie gibt es keine geistigere und skrupelloser Helfer als die ehrgeizigen Offiziere und Streber, die Abenteurer und Verbrecher, die Unreinen und Phantasten, die entwurzelten Intellektuellen und Kleinbürger, die verwirrten Proletarier und Jugendlichen, die Halbverrückten und Ganzverrückten und, um mit Dames zu reden, jene widerlichen Nasen der nationalistischen Demagogen.

Den Juden haben die Dänen zum Sündenbock für alle Übel gemacht, denen es an Fähigkeiten mangelte zur Lösung ihrer Aufgaben und denen es dann an Mut gebrach, die Verantwortung für ihre Handlungen und Verfehlungen zu übernehmen. Zu den Juden rechnen sie ohne weiteres auch die Marxisten und ehrlichen Demokraten. Es geht in einem Hin.

1918, nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs, begann die neue Judenbeise. Die Ludendorffs waren fertig. Das graue Elend hatte sie vor dem gepackt, was sie angeht hatten. Jetzt, wo sie nicht mehr durch einen Befehl Millionen von Menschen in den Tod schicken konnten, jetzt, wo sie mit ihrer eigenen Berlin für ihre eigene Sache einstehen sollten, entpuppten sie sich als erbärmliche Geseffen.

In der letzten Sitzung des deutschen Generalkonvents empfahl der Generalfeldmarschall „seinem kaiserlichen Herrn“ folgenden Rettungsplan: „Majestät sehen sich an die Spitze ihrer Truppen, eilen in Dauermärchen bis ins Rheinland und führen das schon genügend bearbeitete Heer gegen die innere Gefahr.“ Wie ober sollte das Heer „genügend vorbereitet“ werden? „Es wird unterbreitet: Die Juden hätten das Land dem Feinde verraten, das Rott an die Feinde verkauft; man wird Majestät zuzubeln und über der Rache an den Verrätern verweisen, daß man an Revolution dachte.“ Fürwahr ein niedlich niederträchtiges Märchen. Judenprogrome und Bürgerkriege zur Überwindung der „inneren Gefahr“, das heißt, der sozialistischen Bewegung. Cispian hat Herr Ludendorff das Stichwort „Der Jud ist schuld“ aufgearbeitet. In seinem Pamphlet „Kriegsführung und „Majestät““ bezieht er die Schurkerei zu schreiben: „Mit Frankreich und England Hand in Hand arbeitete die Oberleitung des jüdischen Volkes. Betsche führte sie herbe. Sie sah den kommenden Weltkrieg als das Mittel an, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen... Dazu brauchte das jüdische Volk die Niedertage Deutschlands.“

Das schreibt ausgerechnet Ludendorff, der gegen Bethmann Hollweg den unausgesprochenen U-Boot-Krieg durchführte, dem der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg folgte und womit dann Ludendorff auch politisch sein Velleis getan hatte, um Deutschland unschlagbar zur Niederlage zu verhelfen. Vor dem Volksgericht in München sagte Ludendorff die Rede fort:

„Die jüdische Gefahr habe ich vor und im Weltkrieg kennen gelernt und mich damit brüht. Die jüdische Rasse verdirbt unser Volk physisch und moralisch. So wenig ein Engländer und Franzose Einfluß auf unser Volk gewinnen darf, so wenig auch ein Jude. Von ihm ist die Freiheit nicht zu erwarten und deshalb bin ich gegen ihn.“

Damit Ludendorffs Charakterbild vollständig werde, sei auch noch die Quelle seiner Weisheit über die Juden genannt. Die Quelle seiner Weisheit ist nach seinen eigenen Angaben das unter dem Namen Fords verbreitete Buch „Der internationale Jude“. Dieses Buch ist von russischen Antisemiten



Sinowjew — Diktator Deutschlands. Das politische Ideal der deutschen Kommunisten.

geschrieben worden, die zu den Ratgebern des amerikanischen Großindustriellen Henry Ford gehörten. Sie nahmen das Material zu ihrem Buch aus dem jactam bekannten antisemitischen Nachwerk „Geheimnisse der Weisen von Zion“. Dieses Nachwerk ist aber eine der ungeheuerlichsten Fälschungen, die jemals verübt worden sind. In der „Times“ wurde schon 1921 nachgewiesen, daß es sich in Wirklichkeit um eine Schrift handelt, die der Pariser Rechtsanwalt und Schriftsteller Maurice Solh im Jahre 1865 gegen Napoleon III. richtete. Ihr Titel lautete: „Dialog in der Unterwelt zwischen Nachivell und Montesquieu.“ Die Fälscher haben aus den Weltherrschaftsplänen Napoleons III, einfach Weltherrschaftspläne der Juden gemacht. Und Ludendorff erklärte, er habe seine Weisheit über die Juden keineswegs aus den geschichtlich als nicht richtig bezeichneten „Geheimnissen der Weisen von Zion“ geschöpft, sondern aus dem Fordschen Buch „Der internationale Jude“. Ein doppelter Schwindel ist also die Quelle, aus der Ludendorff als völlischer Vorkämpfer der kapitalistischen Reaktion zum guten Teil sein politisches Wissen bezieht.

Die Ludendorffs wollen sich vor der längst fälligen Abrechnung retten, indem sie auf die Juden zeigen und den Proletariern blaue Brillen aufzusetzen versuchen. Sorgen wir dafür, daß das Proletariat die Ludendorffs mit ihren blauen Brillen zum Teufel jagt.

Wie wird gewählt?

Wo ist dein Wahllokal am 1. Mai?

Durch Säulenanschlag werden in den nächsten Tagen öffentlich bekanntgegeben:

1. Am 26. und 27. April und 3. und 4. Mai d. J. die Abgrenzung der Stimmbezirke und Bestimmungen der Abstimmungsräume.

2. Am 28. und 29. April die zugelassenen Kreiswahlvorschläge für den Reichstagswahlkreis 2 — Berlin — nebst Verbindungen und Anschließungsverbindungen.

3. Am 29. und 30. April die amtliche Herstellung des Stimmzettels mit einigen allgemeinen Bestimmungen über Verhalten der Stimmberechtigten am Abstimmungslokal. Die Stimmberechtigten wollen von diesen Bekanntmachungen eingehend Kenntnis nehmen.

Außerdem erscheint am Montag, den 23. April, eine Sonderausgabe des Gemeindeblattes über die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Bestimmung der Abstimmungsräume in sämtlichen 20 Verwaltungsbereichen des im Hauptwahllokal, Stadthaus, Zimmer 30, zum Preise von 1 M. erworben werden kann. Die Bekanntmachung zu b und c erscheint in der Sonnabendausgabe des Gemeindeblattes.

Nationaler Wahlkampf in Sachsen.

Dresden, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Die vom völlischen Staat Sachsens betriebenen Einigungsverhandlungen, die dahin gingen, alle völlischen Richtungen in Sachsen unter einen Hut zu bringen, sind abermals gescheitert. Die Deutschnationale Partei des Herrn Knüppel-Kunze will mit den übrigen völlischen Brudervereinigungen nicht gemeinsam marschieren, da sie die Ziele und Ideen der Hitler und Ludendorff nicht anerkennen können.

Die Deutschnationale Volkspartei in Sachsen führt den Wahlkampf mit einer beispiellosen Stupidosität. Vor einigen Tagen hat sie in Leipzig eine Wahlzettelung herausgegeben mit dem Titel „Neue Leipziger Volkszeitung“. Der Kopf dieser Zeitung ist in der Ausführung genau so gehalten, wie der unseres Parteiorgans, der „Leipziger Volkszeitung“. Die Leipziger Genossen haben gegen dieses Fälscherbild bereits die notwendigen Schritte unternommen.

Was sind die Deutschnationalen?

„Die Deutschnationalen sind die Schutztruppe des großen Kapitalismus. Ihre Sozialpolitik besteht im Wofsenprinzip und betrachtet die Arbeiter als Deutsche zweiter Klasse.“

So schreibt der Böllische Hans Sielster im völlischen „Deutschen Tageblatt“. Wenn wol sich streiten, erzählt man die Wahrheit.

General von Kuhl und die Dolchstoßlegende.

In einem Aufsatz des letzten erschienenen Aprilheftes von Belhagen u. Kellings Monatsheften, Seite 183, bepricht der bekannte Militärschriftsteller General der Infanterie von Kuhl unter dem Titel: „Der Mensch und die Maschine im Zukunftskriege“ die technischen Errungen/Golgen unserer Feinde seit dem Weltkrieg. Mit Entsetzen liest man dort von den Fortschritten auf diesem Gebiete, die auch dem wahrhaftigsten Rechtsradikalen zu denken geben werden. Wie können natürlich von dem Verfasser nicht verlangen, daß er aus den Tatsachen den einzig richtigen Schluß zieht, nämlich daß die Erfüllung der Menschheit von den hier drohenden Greueln

gegen die die Schrecknisse des Weltkrieges nur ein Kinderpiel waren, allein im Völkerrunden und für Deutschland im Eintritt in den versärrnerten Völkerrunden besteht. Er lebt eben in einer ganz anderen Welt. Wenn wir unsere Leser auf seine Ausführungen aufmerksam machen, geschieht das aus einem anderen Grunde, weil der Verfasser hier selbst das Material liefert gegen die von der Rechten immer noch behauptete Entstellung der Tatsachen, gegen den Dolchstoß im Rücken des Heeres. Kuhl sieht in dem Auftreten der französischen Tanks am 18. Juli 1918 den Wendepunkt des Krieges. Eine glänzendere Rechtfertigung der Handlungsweise unserer Frontkämpfer, die die Ausichtslosigkeit des weiteren Ringens mit dem an Menschen wie an Maschinen überlegenen Gegner erkannt hatten, kann nicht gegeben werden. Nicht im Rücken des Heeres, sondern an der Front selbst fiel bereits im Juli 1918 in jenen schicksalsschweren Stunden die Entscheidung. Hören wir den General selbst:

„Das Auftreten der noch unvollkommenen Tanks, mit denen die Infanterie zudem nicht in der erforderlichen Weise eingepiekt war, war zunächst in den Jahren 1916 und 1917 nicht besonders erfolgreich. Die erste große Massenverwendung im großen Stil fand bei dem englischen Angriff auf Cambrai am 20. November 1917 statt. Mehrere hundert Tanks brachen in einer Breite von 10 Kilometer ohne Artillerieunterstützung überrollend tief in unsere Front ein. Einen großen entscheidenden Erfolg erlangen die französischen Tanks zum erstenmal bei dem Gegenangriff des Generals Foch aus dem Walde von Villers-Cotterets am 18. Juli 1918, der den Wendepunkt des Krieges bedeutet. Von nun an bis zum Schluß spielten die Tanks bei allen Angriffen des Feindes eine ausschlaggebende Rolle gegen die dünnen Linien unserer erschöpften Truppen.“

Die Tanks haben somit im Weltkrieg bereits ihre Probe bestanden und sich als ein Kriegsmittel von größter Bedeutung erwiesen, denen wir bis zum Schluß des Krieges nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen vermochten. Ihr Wert war zunächst von uns unterschätzt worden, später konnte der Vorsprung der Gegner von uns nicht mehr eingeholt werden.“

Wie bei allen Kriegen, hat hier die Erfindung eines neuen Kriegsmittels und die Anpassung der Taktik an das Neue die Entscheidung gebracht. — Ob wohl angeht dieser Tatsachen und der Ausführungen eines Sachkenners vom Aulse des Generals von Kuhl das jämmerliche Geschwätz vom Dolchstoß verschwinden wird? Wir zweifeln sehr daran. Gespannt sind wir, wie die Presse der Rechten sich zu diesen Ausführungen verhalten wird.

Die Monisten zur Reichstagswahl.

Die in Leipzig tagende Hauptversammlung des Deutschen Monistenbundes beschloß einstimmig die folgende Resolution: Der 1. Mai wird ein Schicksalstag des deutschen Volkes sein. Kein Monist darf sich der Verantwortung entziehen: Alle müssen wählen. Der Deutsche Monistenbund bekennet sich auf Grund seines Kulturprogramms zur freien deutschen Republik und erwartet, daß seine Mitglieder

freiheitlich — republikanisch

mählen

Wie die „Rote Fahne“ lügt!

Die „Rote Fahne“ für die Provinz Brandenburg“ behauptet unterm 24. April 1924 in einem Agitationsartikel für die Reichstagswahlen, ein Redakteur und Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Angestellten“ habe geäußert:

„Man müsse bei der Frage, ob das deutsche Volk mit dem achtstündigen Maximalarbeitstag das leisten könne, was es zu seiner Lebenshaltung und nationalen Existenz brauche, als ausländischer Mensch ein glattes „Nein“ zur Antwort geben. Er sei der Überzeugung, daß es notwendig sei, quantitativ und qualitativ mehr zu arbeiten. Er empfahl daher den Völlischen, den Achtstundentag auf die Dauer von fünf Jahren zu suspendieren und die Regelung der Arbeit als zum Gegenstand des Tarifvertrages zu machen.“

Diese Behauptung der „Roten Fahne“ ist eine starke Lüge. Die unterzeichneten Redakteure und Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes der Angestellten haben weder eine solche noch eine ähnliche Äußerung mündlich oder schriftlich getan. Sie haben sich vielmehr immer entschieden für den Achtstundentag eingesetzt.

Josef Zman, Paul Lange.

Goldgehälter und Rechtsparteien.

Gedächtnisfeier für Beamte!

Das bürgerliche Kabinett Morg verordnete im Dezember 1923 den Beamten „Goldgehälter“. Das heißt, die Beamtengehälter wurden rund um die Hälfte gekürzt.

Was sagten die Parteien dazu? — Nun, die bürgerlichen Parteien, ohne Ausnahmen, „beflogten“ die geringen Bezüge —, aber das war auch alles!

Die Sozialdemokratie dagegen versuchte praktisch zu helfen!

Gleichzeitig mit den Beamtengehältern stand im fünfzehnerauschuß des Reichstags die zweite Steuernotverordnung zur Debatte; dieselbe Notverordnung, die eine neue Mehrbelastung der Gehalts- und Lohnempfänger zugunsten einer Entlastung der hohen Einkommen vorsah. Um diese Ungerechtigkeit abzuwenden und durch Anträge auf Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer Mittel für eine bessere Besoldung zu schaffen, beantragte die USPD, zuerst die Steuernotverordnung, dann erst die Besoldung zu beraten.

Der Antrag wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt!

Ebenso erging es dem sozialdemokratischen Eventualantrag, die Grundgehälter sofort um 30 Proz. zu erhöhen!

Für die „Goldgehälter“ tragen neben dem Kabinett Marx also sämtliche bürgerlichen Parteien die volle Verantwortung.

Dasselbe gilt für die famose „Aufbesserung“ von 13 Proz. der Grundgehälter und der Umwandlung des Ortszulags in den Wohnungszulagenaufschlag mit all ihren Ungerechtigkeiten für die Parteien, die mit der Auflösung des Reichstags einverstanden waren. Des sind wiederum sämtliche bürgerlichen Parteien. Denn durch die Auflösung des Reichstags wurde die Beratung des sozialdemokratischen Antrags verhindert, der eine erhebliche Aufbesserung der Beamtenbezüge verlangte und gleichzeitig zur Beschaffung der notwendigen Mittel unter Schonung der Stabilität der Rentenart die Erhebung eines Zuschlags zur Einkommensteuer für Einkommen von 8000 M. jährlich vorsah.

Die bürgerlichen Parteien haben also zusammen mit dem Kabinett Marx verhindert, daß die Beamtenbezüge wirklich aufgebessert wurden!

Doch war mehr von diesen Parteien zu erwarten? Noch im Oktober 1923, als die Vierteljahrszahlungen und -aufbesserungen an die Beamten nicht mehr stattfanden, sprach das Sinnes-Blatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, von der Beamtenbesoldung als „einem öffentlichen Skandal!“ Und es ist noch nicht lange her, als die „Kreuzzeitung“ (Dtl.) von „dem Geist, der von Völkerverwilderung weit entfernt sei“, sprach und das Märchen von der Schuhmannsfrau erzählt, die am Kurfürstendam 10 Pfund Butter und der Frau des unteren Beamten, die gleich zwei Mäntel auf einmal kaufte. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schrieb unter der schönen Spitzmarke: „Die Beamten als Rasse“: „Um der Beamtenschaft den Mund zu stopfen, läßt man einen Millionär über ihr niedergehen... Manchem Bankbeamten passiert es, daß er von kleinen Beamten um Rat angegangen wird. Die Deutschen wissen nicht, was sie mit all den Millionen anfangen sollen.“ - Den Vogel aber schloß das Verborgene der Herren Hitler und Ludendorff, der „Wiebacher Anzeiger“, ab. Er schrieb: „Unseren Bauern kommt es ja vor, daß überhaupt alles, was aus dem Ganzen und dem Einzelnen herausgequillt wird, an das ungeheure Beamtenwanzensheer hinausgeschmissen wird. Fürwahr so viel Beamte wie im Frieden, jedochmal achtmal so viel — und nichts oder wenig helfen. Das sind nicht mehr die Diener und Förderer des Staates, das sind die Parasiten, und jede Produktion ist schon aufgefressen, bevor sie richtig in Erscheinung tritt.“

Das sind die Stimmen jener Parteien, die sich jetzt als die Retter des Vaterlandes und die „Müssen“ Freunde der Beamten aufspielen. Wenn sie noch ihnen ginge, die Beamten könnten verlangen, denn Steuern zahlen wollen sie nicht. Wenn sie wirklich zahlen sollen, haben sie für die Beamten nur Schmähungen und Beschimpfungen!

Beamte, denkt daran! Keine Stimme diesen Parteien!

Das Bürgertum gegen Gemeindebetriebe.

Zum Gemeindevahlkampf.

Vor dem Kriege sahen selbst die damals noch rein bürgerlichen Verwaltungen zahlloser deutschen Gemeinden und Städte ihren Stolz in der blühenden Aufwärtsentwicklung der städtischen Wirtschaftsbetriebe. Nicht nur Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, auch zahllose andere Wirtschaftszweige und Unternehmungen wurden in den Tätigkeitsbereich der Kommunen einbezogen. Die deutschen Kommunalverwaltungen gingen ganz unbeschadet ihrer politischen Haltung dazu über, die Gemeinden in immer größerem Umfang zu wirtschaftlicher Betätigung zu bringen. Nicht nur die Beteiligung an gewerblich-wirtschaftlichen Unternehmungen nahm zu. Zahllose wirtschaftliche Operationen, die bisher von den Kommunen an Unternehmer vergeben waren, wurden immer mehr in städtischen Regiebetrieben übernommen. So entstanden städtische Druckereien, Wirtschaftsbetriebe, Müllbeseitigungsanstalten, Bauunternehmungen usw. Nach dem Kriege ist eine scharfe Reaktion auf diese aufsteigende

gründung, daß sie zu teuer arbeiteten, jetzt will man sie bewegen beseitigen, weil durch ihr billiges Arbeiten der Profit privater Unternehmer gefährdet wird. Um den städtischen Betrieb geschäftlich zu schädigen, wählte man in Leipzig Konkurrenzvertreter in den Aufsichtsrat, damit sie dort in den Geschäftsbetrieb Einsicht nehmen können! Ganz systematisch wird diese Arbeit der bürgerlichen Parteien im Leipziger Fall von den Kommunisten unterstützt. Ihr Sprecher betonte ausdrücklich, daß sie ihre Stellung gegenüber dem städtischen Regiebetrieb deswegen eingenommen haben, weil sie unter allen Umständen die Sozialdemokraten bekämpfen wollten. „Die Sozialdemokraten sind für die Arbeiterschaft noch gefährlicher als das Bürgertum.“

Das Leipziger Beispiel ist ein Beweis für die Richtigkeit der Wahrnehmungen, die die Sozialdemokratie immer wieder im Wahlkampf wird aussprechen müssen. Bürgerliche Mehrheiten in den Gemeindeparlamenten werden stets versuchen, die städtischen Eigenbetriebe zu beseitigen oder mindestens in ihrer Entwicklung soviel als irgend möglich zu hemmen. Die Sozialdemokratie wird umgekehrt alles tun, um kommunale Unternehmungen wirtschaftlich zu machen, sie auf eine gesunde Grundlage zu stellen, für kaufmännische und wirtschaftliche Führung der Unternehmungen zu sorgen und durch ihren Ausbau die Gemeinden finanziell und wirtschaftlich zu stärken.

Kreuz und Hakenkreuz.

Deutschnationale und Deutschvölkische benutzen die Religion als Wahlslogwort im Wahlkampf gegeneinander. Die Deutschvölkischen wollen an die Stelle der von dem Juden Jesus errichteten christlichen Kirche eine judenreine „deutsche Kirche“ setzen, und die Deutschnationalen antworten darauf in einem Handzettel, der in Berlin verbreitet wird:

„Positive Christen, erhebt Hammerden Protest gegen diese neue, unser positives Christentum angreifende „völkische Lehre“. Keine Stimme am 4. Mai der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“! Nicht das Hakenkreuz, nein, das Kreuz von Golgotha wird uns zum Siege führen! Wählt deutschnational!“

Es handelt sich dabei weniger um bedrohte religiöse Interessen, als um Wahlsymbolik. Um zu beweisen, daß diese freitenden Brüder beide sich nicht auf das Christentum berufen dürfen, zitieren wir aus der Bibel, Jesus Sirach, Kapitel 13:

1. Wer Pech angeht, der besudelt sich damit; und wer sich geselle zum Hoffärtigen, der lerne Hoffart.
2. Geselle dich nicht zum Gewaltigen und Reichen, du ladest sonst eine schwere Last auf dich.
3. Was soll der irdene Topf bei dem ehernen Kessel? Denn, wo sie an einander stoßen, so zerbricht er.
4. Der Reiche tut Unrecht, und tröht noch dazu; aber der Arme muß es leiden und dazu danken.
5. So lange du ihm nützlich bist, brauchet er dein; aber wenn du nicht mehr kannst, so läßt er dich fahren.
6. Weil du hast, so zehret er mit dir, und befürmert ihm nichts, daß du verdirdest.
7. Wenn er dein bedarf, kann er dich sein äffen, und lächelt dich an, verheißt dir viel, und gibt die besten Worte und spricht: Bedarfst du etwas?
8. Und lobet dich ein Mal oder drei zu Gast betrüglisch, bis er dich um das Deine bringt, und spottet dein zuleht.
9. Und wenn er gleich deine Not siehet, läßt er dich doch fahren und schüttelt den Kopf über dich.
10. Darum siehe zu, daß dich deine Einfältigkeit nicht betrüge, sondern —

wähle sozialdemokratisch!

Niedriger hängen!

Seht nicht auf das Maul der Masken!



Seht ihnen auf die Faust!

Kommunistische Wahlpropaganda gegen die USPD.

Aus der „Roten Fahne“.

Entwicklung der Kommunalwirtschaft erfolgt. Inflation und wirtschaftlicher Niedergang schaden den Gemeindebetrieben. Noch größer aber waren die Hemmnisse politischer Natur, die sich aus der kindischen Angst des Bürgertums vor den Kommunalisierungsintentionen der an Einfluß groß gewordenen sozialdemokratischen Fraktionen ergaben. Nach dem Wahlsieg in zahlreichen sächsischen Gemeinden geht das Bürgertum jetzt den wertvollsten kommunalen Regiebetrieben auf den Leib. In Leipzig unternahmen die bürgerlichen Parteien einen Vorstoß gegen die Städtische Bau-Gesellschaft. Ein Stadtratsmitglied der wirtschaftlichen Vereinigung stellte den Antrag, daß die Städtische Baugesellschaft m. b. H. in Zukunft lediglich Arbeiten für städtische Rechnungen ausführen solle. Durch diesen Antrag wünschte man zu verhindern, daß die städtische Baugesellschaft, die selbstverständlich genau so leistungsfähig ist wie die privaten Bauunternehmen, auf den Baunarkt preis-senkend wirkte. Früher befaßte man städtische Eigenbetriebe mit der Ver-

Bekanntmachung!!

An unsere werten DOTA-RADIO Raucher!!

Wollen Sie sich vor minderwertigen Qualitäten u. Nachahmungen schützen, so verlangen Sie nur die mit unserer Schutzmarke  versehenen

DOTA



ZIGARETTEN

Unsere Schutzmarke bürgt für die Beste Qualität und erstklassige Verarbeitung

Darum

Raucher verlangt nur DOTA-RADIO! Zigaretten mit der Schutzmarke



WIND MÜLLER 24

MIA MIA OLLI WIE LI O TROP

Eine zierliche schlanke Zigarette mit Goldmündstück. Von besonders mildem Geschmack, daher auch bei Damen sehr beliebt



Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Rheingold
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Händel u. Gretel
Die rote Blume
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Peer Gynt
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: König Nicolo

Volksbühne
7 Uhr zum 1. Male
Vasantsena
(Original Fassl, Ador, Sessl, Sessl, Schmitz, Sessl)

Lessing-Th.
Allabendl. 8
Kolportage

Deut. Künstler-Th.
Allabendl. 8
Eine flor. Tragödie
Variété
Eine musikal. Kur

Th. im Admiralspalast
Allabendl. 7 1/2, 9
Drucker u. drüber
Die Weltensensation
D. Wund. d. Schatten

Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Rigoleto
K. Hoff, K. Hoff,
K. Hoff, K. Hoff

Intimes Theater
8: Crêpe Georgette
usw.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Karneval
der Liebe
von Walt. Bromme
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr:
LILLY FLOHR in
Meine Tochter Otto

Das Radiomodel
Kurt Veppermann
Helma Varnay

U. Kleines Th.
Carola Teelle,
Erich Kaiser-Titz in
Eine galante Nacht

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Mörder Mann

**Meine Frau war über 50 Jahre
mit einer Höflichkeit**

Luisen-Theater

Reichenberger Straße 24.
Täglich 7 1/2 Uhr
Das vollständig neue Festprogramm
der Original-Elite-Sänger
Berst, Ruselli, Grünig, Schenker, Rieß, Bobby
Walden, Fauther, Krieb, Edfi Kirchner, Schröder
Sonn- u. Feiertag nachm. 3 Uhr das voll-
ständige Programm zu halben Preisen.

Komische Oper
Direktion: James Klein.
7 1/2, Heute, sowie täglich 7 1/2
**Die tanzende
Prinzessin**
Operette in 3 Akt. v. Walter Kollo
Der einmütig anerkannte wirk-
lich große Erfolg
Verk. b. Wertheim, Invalidendank, Hotel-
part u. d. bek. Stellen Dieaters, ist
von 11 Uhr an ununterbrochen geöffnet.

Central-Theater

Alte Jänisch, 10/12
Städtl. 2047
8 Uhr:
Onkel Nastopsehl
Musik. Volksstück in 3 Akten von
C. H. Wolff u. Theo. Halton
Musik von Rudolf Lo nass — mit
Anton Herrfeld als Gast

Reichshallen-Theater

Täglich 8 Uhr,
Sonn- nachm. 3 Uhr
**Stettiner
Sänger**
Kampfen im Olymp
Dönhoff-Breitl
Anfang 8 Uhr
Jeden 1. u. 16. neues
Programm!

Rose-Theater

7 1/2 Uhr:
Mörder Mann

Metropol-Variété

54 Behrenstraße 54.
Kurzes Gastspiel
8 Uhr
Lilly Flohr * Wolfgang Zilzer
Was sagt die Presse:
8-Uhr-Abendblatt, 19. 4. ... Beide sind sehr drollig ...
die Gäste des Metropol-Varietés finden „Frühlings-
erwachen“ für Kabarettzwecke adjustiert, sehr origin. und
überschönen die Flohr und Zilzer mit Beifall.
Montag-Morgen, 22. 4. Die Namen bürgen. „Der erste Kugl“
gibt beiden Gelegenheit für schauspielerisches Talent
bessers zur Geltung zu bringen. ... sie erreicht in
langen Plaudereien und schiefer Mütze eine verblüffende
Ähnlichkeit mit Jackie Coogan. ... Eine Nummer, einzig
in ihrer Art, ist Teubers Marionettentheater ... man
muß es sich ansehen, es lohnt sich bestimmt.
Neue Berliner 12-Uhr-Zig., 17. 4. ... mit einem Tonfall,
der exotisch aus ihrer Gestalt (Jackie Coogan) heraus-
wächst ... Prachtvoll ...
Berl. Börsen-Zig., 18. 4. Famos, wie Zilzer die ersten tapigen
Don-Juan-Schmeißer riskiert und die Flohr mit natter Neugier
mitgeht.
Nach zwei gesagte ... schauspielerisches Kabarett-
stückchen ... Zilzer ... Manische Gestalt des „Wurm-
stanz“ und Lilly Flohr in „Jackie Coogan“ ... sie ver-
legen Lauberkomik einfüllen.
Die Zeit vom 20. 4. Lilly Flohr ... Wolfgang Zilzer ...
... außerdem abendfüllende gute Variétédarbietungen.
Vorher: Das große April-Programm mit
Jensen Jackobs und Leo Casini, Teubers Marionetten,
Bura, Fuchs u. 5. Comedian, Doll, Söllis, Seher, Hölle, Walter Fuchs
Kleines Entree / Kleine Preise

URANIA

Tauben-
straße 46/49
im Theater am 25. April, 6 1/2 Uhr, am
26. April 6 1/2 u. 9 Uhr, am 27. April 6 1/2 Uhr,
auf vielfachen Wunsch:
Alt-Berlin in der Biedermeierzeit
Vortr. m. i. arh. Licht u. Dr. von Leszel,
Dir. d. Urania. Einlag. von heil. Lied. u.
Couplets mit Mitw. bekannt. Künstler
I Teil: Spaziergang d. Berlin. II Teil:
Berl. Typen III. Teil: Stral Fischzug.
IV Teil: Heiratsantr. id. Niederwallstr.
im Theater am 25. u. 27. April, um 9 Uhr:
Polarforsch. Christi-ian Ledem:
Unter den Nachbarn des Nordpols
aus Lichtbildern und Film.
Vorverk. A. Wernh., Kaufm. d. Westens
und Uraniakasse 10-1 und 4 Uhr ab.

Theater a. Kotl. Tor

6. Kottbuser Straße
Tgl. 8 Uhr u. Sonntag
nachm.
3 Uhr:
**Elite-
Sänger**
in neuer
Besetzung.
Dara. Gastspiel:
Hörstamer & seine Schül.

Deutsche Hochschule für Politik

Sommersemester 1924
Die Hochschule ist eine freie Bildungsanstalt ohne partei-
politische Bindung; Vertreter verschiedener politischer
Richtungen sind in Leitung und Dozentenkreis vertreten.
Sie erstrebt, Versachlichung und Vertiefung des politischen
Wissens in allen Schichten unseres Volkes herbeizuführen
u. ihre Hörer mit Kenntnissen auszustatten, die sie befähigen,
die politischen Ereignisse unbefangen zu beurteilen.
Vorlesungsbeginn: 25. April
Anmeldungen beim Sekretariat, Berlin W. 56, Schinkelplatz 6, wochentäglich
10 bis 2 Uhr. Vorlesungsverzeichnis dort erhältlich (Preis 3. Pfennig).

Große Volksoper im Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Der Freischütz**
Täglich **Kammer-Oper** Lötzw
8 Uhr: str. 112
Täglich wechselnder Spielplan!

Residenz-Th.

Sommerspielzeit
Künstlerisch-Leitg.
Emil Lind
Tägl. 8 Uhr:
Hinkemann
Tragödie in 3 Akten
von Ernst Toller.

Casino-Theater

Lohringer Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Wahr es war Solage
Pommels Marzta
Vielstük in drei Aufzüge
Vorchter: D. Herr aus
Kyritz, Posse i. 1 Akt
von der von laste 10

Beste Spez-Fabrik

Bettwäsche

Diese Woche auf sämtliche Artikel
10 Prozent Rabatt

Um auch den minderbemittelten Klassen die Möglichkeit zu geben, ihre Wäschebedürfnisse zu ergänzen, gewähren wir trotz unserer anerkannt niedrigen Preise einigen Rabatt, der an der Kasse ausgezahlt wird. Wir machen immer wieder darauf aufmerksam, daß wir trotz unserer Billigkeit nur Qualitätsware liefern. — Studieren Sie bitte genau die nachfolgenden Angebote:

Bettbezüge am besten 675	Dimiti kräftig 226	ca. 140
Kissenbezüge best. 228	Kaffeegedecke mit 13	75
Handtücher groß 95	Frottier-Handtuch 175	
Wischtücher kräftig 58	Badelaken gute grüne 10	50
Ein Posten einzelner Damast-Bezüge 12	Einzelne Damast-Kissen-Bezüge 3	50
Ein großer Posten Wäschestoff-Reste und Inlett- zu fabrikbilligen Preisen.	Damenhemd prima Stoff 3	50
	Beinkleid dunkel gemischt 3	50

Stumpe Jäger

Kaufgeschäfts: Kottbuser Damm 75
Filialen: Landsberger Str. 88 (5 Min. von Alexanderpl.)
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 37 (Haus von der Wilmersdorfer Straße)

Carl Böhme Nachf.

Extra billige Preise!

Perkal für Blusen Sporthemden, Oberhemden Meter 1.40 0.95	Blusenstoffe Crepon, moderne Streifen Meter 1.50	Kleider-Frotté doppellbr., hübsche Streifen Meter 4.90 3.50	Rockstoffe viele moderne Farben und Streifen . . . Meter 4.90 3.50	Satin ca. 80 cm breit, viele Farben Meter 1.80
Zephir für Blusen Oberhemden und Kleider Meter 1.80 1.40	Bedruckt Voll-Voile Meter 1.70	Kleider-Frotté einfarbig, doppellbreit Meter 2.90	Gabardine reine Wolle, 130 cm breit, in großem Farbensortiment Meter 9.00	Satin gebümt für Jackenfutter, großes Sortiment . Meter 2.20
Musseline, mit. hübsche Kleidermuster Meter 1.25 0.95	Bedruckt Schleierstoff , doppellbr. Mir. 1.25 0.95	Sportflanelle hübsche Streifen Meter 1.80 1.40	Futterstoffe	Foulardine für Jackenfutter, großes Sortiment, große Muster, ca. 100 cm breit . Meter 3.25
Panama weiß u. gestreift Meter 1.80 1.40	Voll-Voile Schweizer Fabrikat, weiß mit bunten Frottéstreifen Meter 3.95	Blusenstoffe viele Muster . Meter 1.80 1.20	Jakonett ca. 80 cm breit . . Meter 0.95	Damast-Jackenfutter ca. 140 cm breit . Meter 5.50
Dirndl-Zephir neue Karostellung Meter 1.50	Voll-Voile Schweizer Fabrikat, weiß Meter 2.60 1.95	Cheviot reine Wolle, 130 cm breit Meter 2.90	Köper ca. 80 cm breit . . Meter 1.10	Seidendamast ca. 80 cm breit, hübsche Muster Meter 6.50
Wollmusseline große Ausmusterungen Meter 4.20 2.50	Tupfenmull weiß Meter 1.95	Popeline reine Wolle, viele moderne Farben, doppellbreit Meter 5.80		

Wilmersdorf, Berliner Straße 130 * Moabit, Turmstraße 31

